



Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit

Die Grundannahme dieses Textes ist, dass eine politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch in Stadtteilen möglich ist, in denen soziale, wirtschaftliche und städtebauliche Problemlagen die Ausgangsbedingungen schwierig machen. Voraussetzung ist eine gründliche methodische Klärung von möglichen Beteiligungsansätzen, vor allem aber die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch eine offensive Stadtteilarbeit. Anders herum gesagt bieten die verschiedenen Stadtteilprojekte, die sich in den letzten Jahren unter anderem durch städtebauliche Programme entwickelt haben, sehr gute Voraussetzungen, auch Beteiligungsverfahren für Kinder und Jugendliche zu integrieren.

In meinen Ausführungen orientiere ich mich an folgendem Aufbau:

Eine erste Annäherung an das Thema geschieht zunächst durch eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Partizipation auf dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen Bestrebungen zu einer stärkeren Beteiligung von Kindern an kommunaler Politik (vgl. BARTSCHER, 1998; SCHRÖDER, 1995, 1996). Hier wird deutlich, dass Kinder nicht so recht- und einflusslos sind wie vielfach angenommen. Allerdings nutzen sie die bestehenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten genau so viel – oder besser gesagt: genau so wenig – wie ihre erwachsenen Vorbilder. Schon hier lässt sich die Forderung ableiten, dass die Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nur im Rahmen einer übergreifenden Demokratisierung legitim ist. Eine weitere Klärung des Begriffes „Partizipation“ erbringt zusätzliche wichtige Handlungsgrundsätze (1). Mit der Darstellung des „sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden“ wird ein Stadtteilprojekt vorgestellt, in dem Kinderinteressenvertretung zunächst als Verbesserung der Lebensumstände aller Bewohner/innen und als Beseitigung struktureller Missstände verstanden wird. Da es hier Beteiligungsansätze für alle Bewohner gibt, sind Kinder und Jugendbeteiligungsprojekte in diesem Rahmen gut aufgehoben (2.). Anschließend werden fünf Praxisbeispiele für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in diesem Stadtteilprojekt dargestellt (3.) und die Erfah-

rungen der Bewohnerbeteiligung insgesamt reflektiert (4.).

1. Was heißt „Beteiligung“?

Die fachliche Diskussion um die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen wird überwiegend unter der Prämisse geführt, dass Kinder weder genügend Beteiligungsrechte noch genügend Beteiligungsmöglichkeiten hätten. Wenn man demgegenüber konkrete Partizipationsformen betrachtet, fällt auf, dass Kinder bei weitem nicht so einflusslos sind, wie es die Fachdiskussion unterstellt. Der Begriff der Partizipation lässt sich konkreter fassen als Handlungsmöglichkeiten, die jede Bürgerin und jeder Bürger ergreifen kann, wenn sie oder er etwas tun will, um politische Ziele zu erreichen. Uehlinger beschreibt ein Spektrum von Handlungsmöglichkeiten (UEHLINGER, 1988), das auch auf die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern zu übertragen ist. Er unterscheidet fünf „Partizipationstypen“:

(a) In der **Staatsbürgerrolle** werden grundlegende Handlungsweisen ausgeübt: sich informieren und eine Meinung bilden, diskutieren über Politik, andere von der eigenen Meinung überzeugen, wählen. Zu diesem Typus sind auch bestimmte Formen des Antrags- und Anhörungsrechtes (Bürgerantrag, Einwohnerfragestunden usw.) zu zählen.

(b) Zu den **problemspezifischen Partizipationsformen** werden alle Handlungsweisen gezählt, die Menschen ergreifen, um die politische Lösung eines sie betreffenden Problems zu bewirken:

(c) Zur **parteiorientierten Partizipation** werden neben der Mitgliedschaft alle Tätigkeiten gezählt, die im Rahmen politischer Parteien ausgeübt werden, angefangen von der Wahlkampfarbeit über Organisation politischer Veranstaltungen bis hin zur Ausübung eines politischen Amtes.

(d) Zum **zivilen Ungehorsam** gehören illegale, aber gewaltlose Tätigkeiten wie Hausbesetzungen, Sit-Ins, verbotene Demonstrationen, wilde Streiks, Miet- und Steuerverweigerung.

(e) Die **gewaltförmige politische Partizipation** umfasst alle Aktionsformen, bei denen Gewalt gegen Sachen und/oder Personen ausgeübt wird.

Die Konkretisierung des Begriffes Partizipation zeigt, dass viele Handlungsmöglichkeiten auch jetzt schon von Kindern wahrgenommen werden können. Kinder partizipieren aktiv an den politischen Prozessen dieser Gesellschaft, ohne dass dies bewusst angestrebt oder gesteuert

wäre. Der Blick auf die Methoden und Formen institutionalisierter Kinderinteressenvertretung verstellt leicht den Blick dafür, dass es vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten gibt, die für Kinder jederzeit und ohne Erwachsenenunterstützung ausübbar sind.

So ist für Kinder der **Staatsbürger-Partizipationstypus** zu einem wichtigen Teil ausübbar: Auch wenn sie nicht wählen gehen können, können sie doch ihre Meinung sagen und Anhörungs- und Antragsrechte wahrnehmen. Viele Erziehungskonzepte in Familie, Schule und Einrichtungen sind vom Willen geprägt, Kinder ernst zu nehmen und ihnen Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen.

Problemorientierte Partizipationsformen sind für Kinder durchweg ausübbar, zum Teil sogar mit großer Wirkung, denn von Kindern inszenierte politische Aktivitäten erhalten oft große mediale Aufmerksamkeit und damit nicht unerhebliche politische Wirkung.

Auch **parteiorientierte Formen** sind zum Teil möglich, denn die meisten Parteien haben Jugendorganisationen, die ab einem gewissen Alter Kindern und Jugendlichen offen stehen. Viele bedeutende Politiker/innen haben ihre Karrieren in den Schülerorganisationen von Parteien begonnen.

Als **ziviler Ungehorsam** im Sinne einer politischen Partizipationsweise ist zum Beispiel Schulverweigerung zu nennen, auch rebellisches Verhalten gegen Eltern und Lehrer. Gerade die Schulverweigerung ist als Ausdruck des Protestes gegen unbefriedigende Lebenszusammenhänge zu sehen und wäre damit eine Form der gesellschaftlichen Partizipation.

Gewalt schließlich ist unter Kindern und Jugendlichen ein probates Mittel zur Durchsetzung von Interessen oder zur Äußerung von Problemen. Von Eltern und Lehrern mit Sorge beobachtet, werden die Erscheinungsformen von Gewalt in Schule und Stadtteil oftmals zum Anlass, Maßnahmen zu ergreifen¹. Allerdings ist den meisten Beteiligten klar, dass Gewalt nicht nur ein Normverstoß, sondern immer auch ein Ausdruck von Hilflosigkeit ist und „dass es enge Zusammenhänge zwischen der Gewalt, die Kinder und Jugendliche gegen andere ausüben, und der Gewalt, die sie erleben bzw. erleiden, gibt, dass also über den einen nicht ohne den anderen Aspekt gesprochen werden darf“ (Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern, 1994, S. 7). Gerade im kommunalen Bereich spielt strukturelle Gewalt eine große Rolle: Bebauungsformen, Verkehrsführung oder monotone und verkommene Spielplätze schränken die Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder insbesondere in benachteiligten Stadtgebieten ein und provozieren Gegengewalt. Vandalismus in Schulen oder auf

öffentlichen Spielplätzen sind als eine Form des kindlichen und jugendlichen Protests gegen Missstände zu verstehen.

Kinder sind nicht so einflusslos wie vielfach beklagt. Sieht man von Wahlberechtigung und Parteimitgliedschaft ab, bleibt ihnen ein breites Spektrum an Aktionsformen, um ihre Interessen zu vertreten.

Kinder sind also nicht so einflusslos wie vielfach beklagt. Sieht man von Wahlberechtigung und Parteimitgliedschaft ab, so bleibt ihnen ein breites Spektrum an Aktionsformen, um ihre Interessen zu vertreten, das sie unterschiedlich aktiv und konstruktiv nutzen. Das hier beschriebene Spektrum der auch für Kinder zu nutzenden Partizipationsformen erweitert das gängige Repertoire der Kinderpolitiker/innen und Pädagog/inn/en und irritiert zugleich deren Ansprüche. Dabei geraten Verhaltensweisen in den Blick, die nicht gern gesehen werden. Sie besitzen durchaus einen politischen Horizont, auch wenn dies von den betroffenen Kindern und Jugendlichen selbst nicht unbedingt so wahrgenommen wird. Partizipation ist nicht per se „gut“, z. B. wenn sie die Partizipations- und Handlungsmöglichkeiten anderer einschränkt. Auch problematische oder abzulehnende Formen von Partizipation wie Vandalismus oder rassistische Gewalt sind häufig nicht zuletzt Symptome für strukturelle Gewalt, für verweigte oder unzureichende Handlungsspielräume, und Jugendliche erzwingen damit staatliche Reaktionen, die in manchen Fällen konstruktive Prozesse einleiten².

Partizipation als Aushandlungsprozess - Beteiligung aus der Sicht von Betroffenen und aus der Sicht von Institutionen

Partizipation hat stets zwei Perspektiven (vgl. Schaubild 1): die der Betroffenen, die gesellschaftlich teilhaben wollen, und die der politischen Institutionen, die über die Entscheidungsmacht verfügen und Partizipation fördern oder behindern, im Extremfall blockieren.

Partizipation ist aus Sicht des offiziellen politischen Systems oftmals Teil von Akzeptanzpolitik: eine Strategie, um Entscheidungen möglichst reibungslos vorzubereiten, durchzusetzen und mögliche Widerstände abzufedern und einzubinden. Sie kann zu einer „Beschäftigungstherapie“ missbraucht werden; „gemeint ist damit, dass Kräfte, die sonst phantasievoll wirksame Widerstandsformen entwickeln würden, gebunden werden durch die vorgegebenen Strukturen der Partizipationsformen und der Hoffnung auf Einfluss in den Mitbestimmungsgremien. Oft findet Partizipation dann auf 'Nebenschauplätzen' statt, und es werden

¹ Vgl. beispielsweise den gemeinsamen Runderlass des Kultusministeriums und Innenministeriums NRW über die „Netzwerke gegen Gewalt an Schulen und im schulischen Umfeld, Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften bei den Kreisen und kreisfreien Städten“ (GABI I NW S. 38).

² Der Auslöser des Stadtteilprojektes Hamm Norden war Jugendgewalt im Umfeld und innerhalb der dortigen Hauptschule; vgl. Punkt 2.

trügerische Illusionen geweckt“ (SÜNKER & SWIDEREK, 1997, S. 17).

Auf der anderen Seite stellen die unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten für die von politischen Entscheidungen Betroffenen einen (oftmals mit großen Hoffnungen, manchmal mit Illusionen verbundenen) Weg dar, die eigenen Interessen durchzusetzen. Bei Jugendlichen überwiegt allerdings – so zeigt die neueste SHELL-Jugendstudie – Skepsis und Ablehnung bei der Einschätzung von Partizipationsmöglichkeiten. Diese Skepsis hängt zweifellos mit der Erfahrung zusammen, dass Interessen von Kindern und Jugendlichen in der etablierten Politik kaum Berücksichtigung finden: „Diese Erfahrungen und Einschätzungen münden offenbar in einer generellen ‘Entfremdung’ vom politischen System und seinen Organisationen und Ritualen, [führen] aber auch zu der Überzeugung, dass eigene Interessen im politischen Bereich nicht durchsetzungsfähig sind und am Widerstand der Erwachsenen scheitern“ (JUGENDWERK, 1997, S. 18).

zu Missverständnissen. Während beispielsweise die Einen emphatisch die stärkere Beteiligung von Kindern fordern (ohne dass die Befürworter/innen ihre institutionelle Verflechtung in staatliche Zusammenhänge wahrnehmen), schlägt ihnen von anderer Seite erhebliches Misstrauen entgegen, wobei von den Skeptiker/inne/n oftmals ein reales institutionelles Bemühen um Demokratisierung in Abrede gestellt wird.

Die Tatsache, dass „Partizipation“ für diese beiden unterschiedlichen, teilweise gegensätzlichen Perspektiven steht, führt in vielen Diskussionen zu unnötigen Konfrontationen und

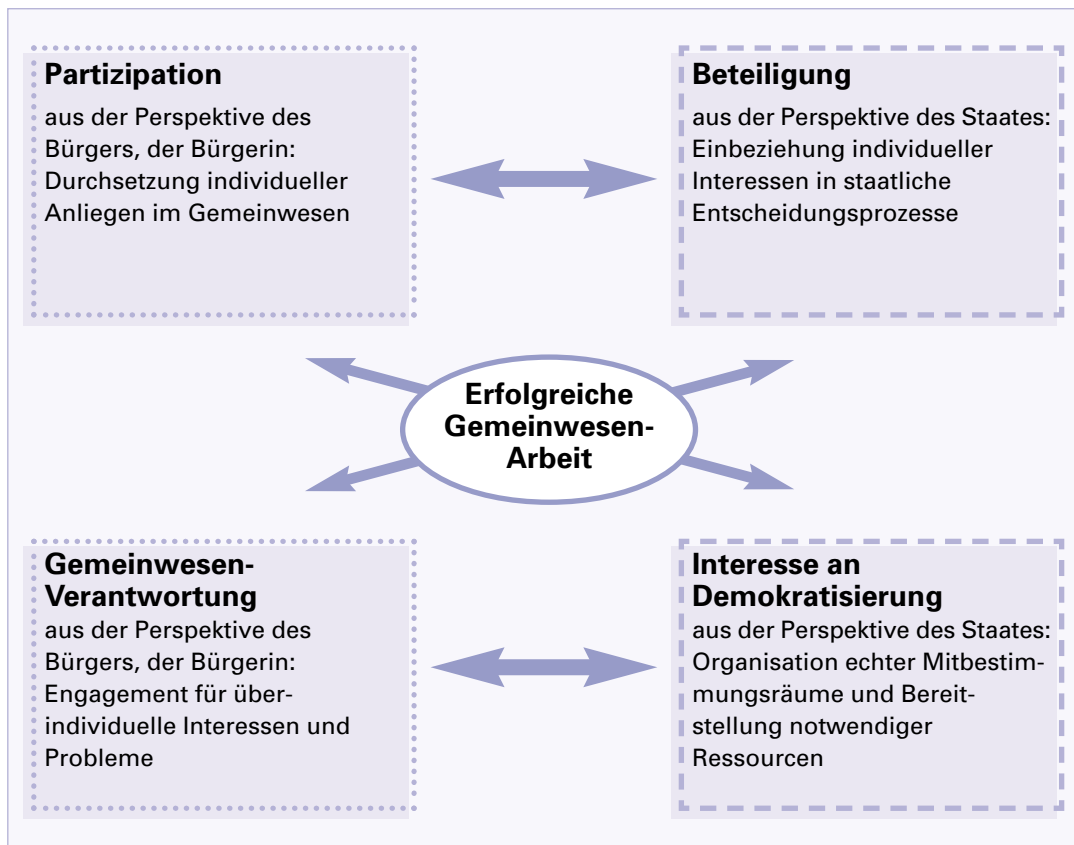


Schaubild 1: Partizipation und Gemeinwesenverantwortung – Differenzierung zwischen individueller und staatlicher Perspektive

Eine zweite Überlegung schließt sich an (vgl. Schaubild 1, zweiter Teil). Die Kinderrechte-Diskussion wird noch heute überwiegend so geführt, dass die Rechtsansprüche von Kindern und Jugendlichen in den jeweiligen Zusammenhängen als Mitsprache- und Beteiligungsrechte eingefordert werden. Die andere Seite – Übernahme von daraus resultierenden Verantwortlichkeiten – wird eher apologetisch einer konservativen Wertepädagogik zugerechnet und diskreditiert, die dieses Themenfeld bisher okkupiert, indem sie der Forderung nach Kinderrechten verkürzend entgegnet, Kinder sollten zunächst einmal lernen, Pflichten zu übernehmen (vgl. MAGS, 1997).

Die Forderung nach den Verantwortlichkeiten und „Pflichten“ von partizipierenden Kindern und Jugendlichen wird eher apologetisch einer konservativen Wertepädagogik zugerechnet und diskreditiert, die dieses Themenfeld bisher okkupiert.

Der Begriff der „Pflicht“ suggeriert pseudoobjektive Werte und Normen, gegen die sich Kinder, Jugendliche und viele Erwachsene mit Recht auflehnen. Verantwortung meint in unserem Verständnis viel mehr die Bejahung und die Bereitschaft, für die Konsequenzen des eigenen Handelns und der eigenen Willensäußerungen einzustehen, sofern die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dies ermöglichen, zulassen oder sogar begünstigen. Da es sich um Aushandlungsprozesse handelt, bei denen Kinder, Jugendliche und Erwachsene sich als (zunehmend) gleichberechtigte Verhandlungspartner betrachten, ist daraus konsequent abzuleiten, dass es nicht darum gehen kann, Kindern und Jugendlichen Verantwortlichkeiten aufzubürden, mit denen Erwachsene sich entlasten wollen (vgl. auch BMFSFJ 1998, S. 144f.). Gleichgewichtig sind eigen-willige Vorschläge und Forderungen, mit denen Kinder und Jugendliche Erwachsenen gegenüber treten.

Zu wachsenden Rechtsräumen und ihrer positiven Ausgestaltung gehört essentiell dass Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene in dem jeweils geschaffenen Rahmen Verantwortung übernehmen. Hierzu gibt es in der konkreten Lebenswelt vielfältige Ansätze und Möglichkeiten. Alle praktischen Erfahrungen zeigen, dass Kinder und Jugendliche unter geeigneten Bedingungen bereit sind, Verantwortung in hohem Maße zu übernehmen. Mit der konsequenten Beteiligung und der Übergabe von Verantwortung wird Jugendhilfe dem Anspruch gerecht, Kinder und Jugendliche als Subjekt ihrer Entwicklung zu verstehen. Ein positives Entwicklungspotential wird dann erkennbar, wenn Kindern und Jugendlichen Ei-

genständigkeit und Verantwortlichkeit zuge-Mut-et wird. Denn sie können sicher sehr viel mehr leisten und sehr vieles besser tun, als ihnen heute von den Erwachsenen zugetraut wird.

Auch in der Stadtteilarbeit mit schwierigen, teilweise gewalttätigen Jugendlichen ergeben sich daraus Konsequenzen für den Umgang mit ihnen. Der Leiter des Essener Kinderbüros, Jürgen Schroer, betont, dass der Verzicht auf „Inpflichtnahme“ von Kindern und Jugendlichen zu einer Orientierungslosigkeit führt, die inakzeptable Verhaltensweisen zur Folge hat. Sachzerstörungen, Vandalismus und Rücksichtslosigkeit werden von der Jugendhilfe häufig als ein zwar unakzeptables, aber für die Kinder und Jugendlichen einseitig als subjektiv sinnvolles Verhalten (z. B. im Sinne eines Signals an die Erwachsenen) zu deuten versucht. Die Betroffenen werden aber nicht mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert; Sanktionen werden vermieden oder anderen überlassen. „Die normative Ebene wird von der Jugendhilfe ausgeblendet, hierfür sei die Jugendhilfe nicht zuständig“ (SCHROER, 1997, S.165). Es ist fatal, die Auseinandersetzung um Recht und Ordnung reaktionären Kräften zu überlassen, die daraus politisches Kapital schlagen können. Verantwortung übernehmen bedeutet auch für Jugendliche, für die Folgen des Handelns einzustehen bzw. die Folgen des eigenen Handelns zu antizipieren und notfalls nach geeigneteren Handlungsmustern zu suchen.

Die Frage nach der Übernahme von Verantwortung stellt sich ebenso für Erwachsene. Die entsprechenden Schlagworte lauten „Empowerment“, „Selbsthilfe“, „Aktivierung“ oder „Bürgergesellschaft“. Auch hier gilt, dass die Erwachsenen als Vorbild gefordert sind.

Schaubild 1 symbolisiert die gegenseitige Abhängigkeit von individueller und staatlicher Partizipationsperspektive und Verantwortlichkeit, ohne damit eine „Gleichmächtigkeit“ zwischen Staat und Individuum auszudrücken. Eine funktionierende Gemeinwesenarbeit kann nur gelingen, wenn Einzelne aktiv werden und dazu staatlichen Raum und Unterstützung erhalten, während die Individuen zum Interessenausgleich bereit sind, und die institutionellen Beteiligungsansätze transparent, ernstgemeint und wirksam sind.

Das Ideal demokratischer Politik als Maßstab zur Bewertung konkreter Kinderbeteiligung

Angelehnt an die Demokratiediskussion der griechischen Antike hat der Politologe Thomas Meyer ein Ideal politischen Handelns dargestellt (MEYER, 1994, S. 24). Darin werden die subjektive Betroffenheit von einer politischen Frage, das politische Engagement und die

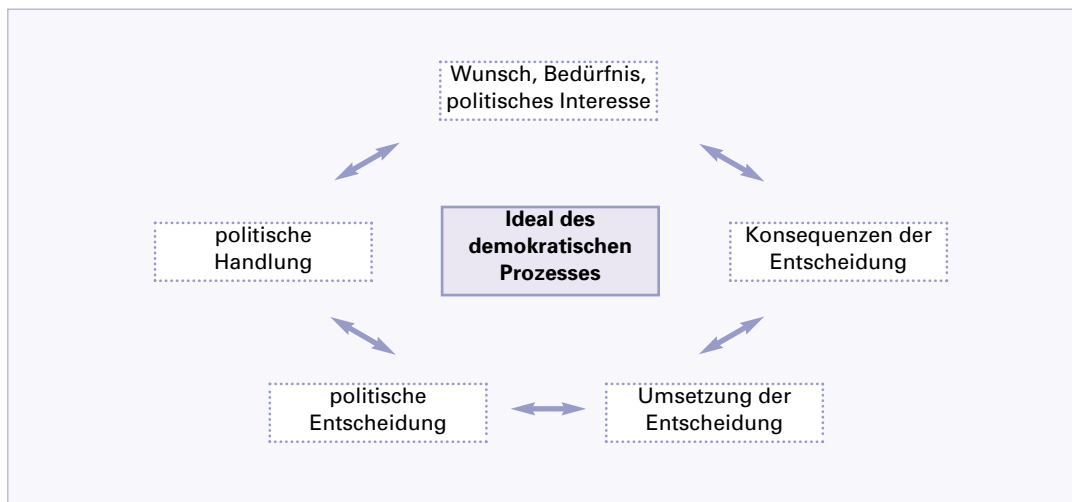


Schaubild 2: Ideal des politischen Prozesses

Betroffenheit mit den Ergebnissen politischer Entscheidungen in Zusammenhang gesetzt (vgl. Schaubild 2) und stellen sich im Idealfall als Handlungskreislauf dar. Dieses Ideal von Politik ist in unserer gegenwärtigen Demokratie an kaum einer Stelle wiederzufinden. Die meisten politischen Fragen sind angesichts der weltweiten Globalisierung, der institutionellen Differenzierung des politischen Systems und der mangelnden direkten Politikmöglichkeiten in unserem Staat von ungeheurer komplexer Natur. Das führt dazu, dass die politisch Entscheidenden von ihren Entscheidungen nicht betroffen sind, während die von den politischen Entscheidungen Betroffenen keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen haben (vgl. ausführlicher hierzu BARTSCHER, 198, Kap. 2). Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss man sich der Frage stellen, ob es nicht – insoweit Kinder- und Jugendpolitik auch ein pädagogisches Lernfeld ist – notwendig ist, politische Aktionen und politische Entscheidungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen so zu gestalten, dass sie diesem Ideal möglichst nahe kommen.

Dies möchte ich anhand von zwei Erfahrungen verdeutlichen:

Erfahrung 1: Als sich Mitte der achtziger Jahre jugendliche Skateboard-Fahrer an den Jugendhilfeausschuss in Hamm wandten und eine Skateboard-Anlage forderten, waren alle Beteiligten guten Willens und versprachen den Jugendlichen, sich für ihre Forderung einzusetzen. Die Verwaltung fand nach langwierigen Diskussionen im Nordring einen Standort, der genau 100 Meter zwischen Wohnbebauung auf der einen und Hausmeisterwohnung eines öffentlichen Gebäudes auf der anderen Seite lag. Im nächsten Schritt mussten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Kostenberechnung für eine Halfpipe einschließlich Untergrund und Umzäunung ergab, dass Mittel von 85.000 DM notwendig waren. Bis die Mittel schließlich bewilligt, der Bauantrag genehmigt

und die Baumaßnahme abgeschlossen waren, gingen einige Jahre ins Land. Die Jugendlichen waren erwachsen und die Skateboard-Welle abgeebbt. Jugendpolitiker aller Couleur nahmen mit Unbehagen wahr, dass die Anlage im Nordring oft leer stand. Erst die Inliner-Bewegung und die neue Skater-Bewegung eroberten die Half-Pipe, so dass sie in den letzten Jahren dauerhaft genutzt wird. Hier hatte Jugendpolitik zumindest aus Sicht der Jugendlichen versagt, obwohl alle Beteiligten ihr Bestes gegeben hatten.

Erfahrung 2: 1997 kamen zur öffentlichen Präsentation einer Spielplatzplanung ca. 50 Inliner fahrende Jugendliche. Sie lehnten die Pläne der Verwaltung, die mit Kindern zusammen erarbeitet worden und ökologisch vorbildlich waren, rundweg ab und forderten statt dessen eine Skateboard-Rampe. Aufgrund der schon erteilten Baugenehmigung und aufgrund der ökologischen Modellförderung war der Bau einer Skateboard-Rampe auf diesem Platz und mit diesen Mitteln nicht möglich.

Das Jugendzentrum Bockelweg ergriff in dieser Situation die Initiative und begann mit den Jugendlichen, einfache Skateboard-Rampen zu bauen. Nach ersten Versuchen, diese Rampen provisorisch aufzustellen, blieben die Rampen dauerhaft auf dem Fahrradparkplatz des ehemaligen Freibades Heessen stehen und wurden rege genutzt.

Doch die Jugendlichen wollten mehr. Sie starteten eine Unterschriftensammlung, besuchten den Bezirksvorsteher in seiner Sprechstunde, nahmen mit der örtlichen Presse Kontakt auf und erreichten, dass das Jugendzentrum einen Schreiner beauftragte, mit den Jugendlichen zusammen eine Halfpipe zu bauen. Die Bauaktion begann im Herbst 1998, die fertige Halfpipe wurde Ostern 1999 aufgestellt. Die Honorar- und Materialkosten für dieses Projekt betragen 9.000 DM. Die Halfpipe hat bis zum Herbst 2000 gestanden und wurde intensiv genutzt. Dann wurde sie mit Einverständnis der

beteiligten Jugendlichen aufgrund der nicht optimalen Haltbarkeit wieder abgebaut. In der Zwischenzeit hatte die Verwaltung aufgrund des Engagements der Jugendlichen für die Aufstellung fertiger Rampen gesorgt, so dass den Jugendlichen heute auch ein dauerhafter Skatertreff zur Verfügung steht.

Im zweiten Beispiel haben die Jugendlichen sich engagiert, politische Forderungen erhoben, klassische Politikstrategien (Leserbriefe, Pressearbeit, Nutzung von Sprechstunden) genutzt. Sie haben Verantwortung für die Realisierung der Halfpipe übernommen und es nicht der Stadt überlassen, ihnen eine fertige Anlage vorzusetzen. Immer wieder hatten sie mit Frustrationen zu kämpfen, weil es nicht so schnell ging, wie sie es gern gehabt hätten, aber sie haben diesen Frust bewältigt. Im Ergebnis haben sie politisch erfolgreich gehandelt. Mitarbeiter/innen des Jugendamtes haben diesen Prozess angeregt, begleitet und unterstützt.

Jugendhilfe hat insofern einen geeigneten Rahmen für Beteiligung geschaffen und ermöglicht, dass Handeln und Handlungsfolgen für die Jugendlichen erlebbar waren, in Zusammenhang standen und letztlich zu einem politischen Erfolgserlebnis aller Beteiligten führte.

2. Beispiel Hamm-Norden: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Vertretung ihrer Interessen in einem Stadterneuerungsprojekt

Auslöser des Stadtteilprojektes Hamm-Norden war eine Phase zunehmender Jugendgewalt im Stadtteil und insbesondere im Umfeld der dortigen Hauptschule. Ursprünglich ging die Initiative zu einem Stadtteilprojekt von dieser Hauptschule und ihrem Leiter sowie einigen Mitarbeiterinnen aus Tageseinrichtungen, weiteren Schulen, Kirchengemeinden, dem städtischen Kinderbeauftragten und städtischen Dienststellen aus, die den „Präventivkreis Hamm-Norden“ gründeten. Hier kamen Profis der Sozialen Arbeit, Politiker/innen aus dem Stadtbezirk und engagierte Bürger/innen zusammen und begriffen die Gewaltphänomene als Ausdruck einer katastrophalen Situation im Stadtteil. Nach der Gründung des Präventivkreises 1992 organisierte dieser im September 1992 die erste Stadtteilkonferenz zu dem Thema: „Im Hammer Norden muss etwas geschehen!“ Diese Stadtteilkonferenz setzte mehrere wichtige Prozesse in Bewegung bzw. unterstützte sie:

(1) Um die Jahreswende 1992/1993 konzipierte das Sozialdezernat die Neuordnung der

sozialen Dienste, um die Mitarbeiter/innen des Jugendamtes, hier insbesondere der Familienhilfe, sowie die Mitarbeiter/innen des Sozialamtes, hier insbesondere der offenen Sozialhilfe, bürgernah in die Stadtteile zu versetzen. Damit wurde auch die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern im Sozialdezernat in Bezug auf die Problemlagen lokal besser organisiert. Das bisherige Buchstabensystem des Sozialamtes wurde aufgelöst und regionale Teams der Familienhilfe gebildet.

(2) Gleichzeitig wurde sowohl in der Stadtplanung in Hamm als auch in den Ministerien des Landes immer deutlicher, dass die klassischen Stadterneuerungsansätze mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und Wohnumfeldverbesserung vielfach an den komplexen Problemlagen vorbeigingen. Das Planungsamt leistete zu dieser Zeit Vorarbeiten für eine städtebauliche Rahmenplanung für den Hammer Norden. Der Rahmenplan sollte „bewohnerorientiert“ erarbeitet und nicht am grünen Tisch geschrieben werden. 1994 verabschiedete das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr NRW das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, das darauf abzielte, die sich überlagernden sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Probleme durch integrierte Ansätze zu lösen.

(3) Unterstützt von den Aktivitäten des Kinderbeauftragten, dessen Aufgabe ja die Vertretung von Kinderinteressen in der Stadtplanung ist und der nach Möglichkeiten suchte, den Kontakt zum Planungsbereich zu festigen, wurde eine Verknüpfung dieser beiden Entwicklungsstränge gesucht. Zugleich war klar, dass isolierte Ansätze der Kinderbeteiligung in diesem Stadtteil von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Damit Kinderbeteiligungsprojekte nicht auf „bessere“ Stadtteile beschränkt blieben, war die Einmischung in Stadtteilarbeit erforderlich. Weiterhin konnten in die Bewohnerbeteiligung Methoden aus der Kinderbeteiligung eingebracht werden.

(4) Der Präventivkreis arbeitete in dieser Zeit intensiv weiter, übte Druck auf die Entscheidungsträger/innen aus, machte den Weg für das Konzept frei und begleitete die Arbeit der Verwaltung kritisch und anregend.

Diese vier Entwicklungsstränge führten zum Konzept des „sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden“, das der Rat der Stadt Hamm im Juni 1993 beschloss. „Zur Realisierung eines integrativen Arbeitsansatzes, der den vielschichtigen Aufgaben im Hammer Norden gerecht wird, ist die enge inhaltliche Verzahnung von sozialen und stadtplanerischen Lösungsansätzen zu fördern, sowie eine dieser Zielsetzung angepasste Arbeitsorganisation zu etablieren.“

Mit der Aufnahme des Hammer Nordens in das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ der Landesregierung NRW als einer der ersten Stadtteile in 1994 und später in das Bundesprogramm „Die soziale Stadt“ konnten die Arbeit des Stadtteilprojektes finanziert werden. Bis 2000 wurden im Rahmen der beiden Programme insgesamt 11 Mio. DM bewilligt.

Zur Charakterisierung des Stadtteils Hamm-Norden

Im Hammer Norden gibt es zwei sehr verschiedene Arten von Wohngebieten: Neben der überwiegenden Zahl relativ gutbürgerlicher Quartiere, deren Bewohner/innen sozial integriert sind, bestimmen die Wohnquartiere mit sozialen Benachteiligungen das Image und das öffentliche Bild. Zwischen den unterschiedlichen Wohnquartieren gibt es selten soziale Verbindungen; die Stigmatisierung der ausgegrenzten Quartiere erfolgte auch innerhalb des Stadtteils. Maßgeblich für die lange Vernachlässigung der sozialen Probleme ist die Zugehörigkeit des Hammer Nordens zu zwei politischen Stadtbezirken, für die die Nordener Wohnquartiere jeweils randständig liegen. Hamm-Norden ist in erster Linie ein Wohnstadtteil, die Zahl der Betriebe und der Arbeitsplätze ist in Relation zu den Einwohnerzahlen niedrig.

Aufgrund städtebaulicher, strukturpolitischer und sozialer Entwicklungen haben sich seit Ende der siebziger Jahre mehrere soziale Brennpunkte im Hammer Norden entwickelt. Verantwortlich dafür waren unter anderem die Einrichtung von mehreren Obdachlosenunterkünften nach dem Krieg und der Bau von Siedlungen im Geschosswohnungsbau durch die Neue Heimat im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Die zunächst attraktiven Wohnlagen verwandelten sich in Zeiten relativ gut gedeckten Wohnungsbedarfes Ende der achtziger Jahren fast unbemerkt zu gravierenden Problemgebieten. Zusätzlich führte die mangelnde politische Zuständigkeit durch die Aufteilung auf zwei Stadtbezirke zu einer politischen Vernachlässigung. Daraus entwickelten sich eine Reihe von sozialen Problemlagen:

Konzentration von Bewohner/innen verschiedenster Nationalitäten auf sehr engem Raum, Ethnisierung sozialer Konflikte, Sprach- und Kommunikationsprobleme, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Jugendkriminalität, Drogengebrauch und Drogenhandel, Vielzahl familiärer Trennungen/Scheidungen, Gewalt in Schulen, Wohnumfeld und Stadtteil, Zunahme psychisch kranker Eltern und generell Einkommensarmut.

Insgesamt leben viele sozial sehr schwache Familien mit häufig hoher Kinderzahl im Ham-

mer Norden. Dies trifft sowohl für deutsche, ausländische und ausgesiedelte Familien zu. Verschärft wird die Problematik durch den Zuzug von Multiproblemfamilien aus anderen Stadtteilen oder Gemeinden. Gleichzeitig verlassen die durch die Soziale Arbeit stabilisierten Familien den Stadtteil oder die Brennpunktbereiche. Während die Sozialstruktur des gesamten Hammer Nordens im gesamtstädtischen Vergleich als relativ benachteiligt erscheint (Arbeitslosenquote ca. 12% gegenüber ca. 8%; Anteil von Migrant/inn/en 16% gegenüber 11%; Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen 10,1% gegenüber 4,9%), verschärft sich die Lage bei einer kleinräumiger Betrachtung. So gehört der Bereich an der Schottschleife zu den kinderreichsten Wohngebieten in Hamm; es leben ca. 650 Kinder hier, das sind 31,6% der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig sind von diesen 650 Kindern 52% ausländischer Herkunft. Hinzu kommt der Anteil der Aussiedler-Kinder und -Jugendlichen. Diese Zahlen sind Indiz für soziale Problemlagen, die durch die alltäglichen Erfahrungen bestätigt werden.

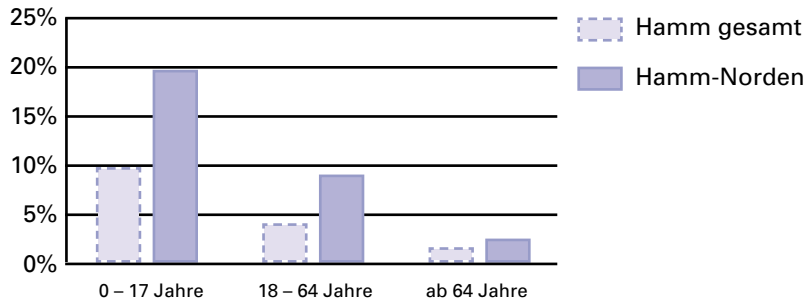
Zwischen 1997 und 2000 wurde von einer gesamtstädtischen Projektgruppe unter Beteiligung des Kinderbeauftragten ein kommunaler Armutsbericht verfasst (Stadt Hamm 2000).³ Dieser Armutsbericht ist eng mit dem Stadtteilprojekt verflochten; die Entscheidung, für Hamm einen Armutsbericht zu erarbeiten, wurde nicht zuletzt durch die Erfahrungen in der Arbeit des Stadtteilprojektes ausgelöst. Es erschien sinnvoll, durch sozialstrukturelle Analysen die Arbeit im Hammer Norden zu legitimieren. Denn eine Kernhypothese des Armutsberichtes war, dass die Probleme im Hammer Norden gravierend seien. Während der Arbeit am Armutsbericht wurde der Projektgruppe immer deutlicher, dass diese Hypothese sich bewahrheitete.

Ergänzend zu den vorher beschriebenen Charakterisierungen bringt der Armutsbericht der Stadt Hamm weitere Belege für die soziale Problematik im Stadtteil. Die Sozialhilfequote liegt im Hammer Norden in vier Baublockgruppen zwischen 14 und 18%. Die Darstellung der Sozialhilfequoten nach der jeweiligen Altersgruppe zeigt, dass die aktuelle These von der „Infantilisierung der Armut“ auch durch die Hammer Daten belegt wird. Diese Problematik verschärft sich im Hammer Norden noch einmal erheblich. Fast jedes fünfte Kind lebt von der Sozialhilfe (vgl. Grafik 1).

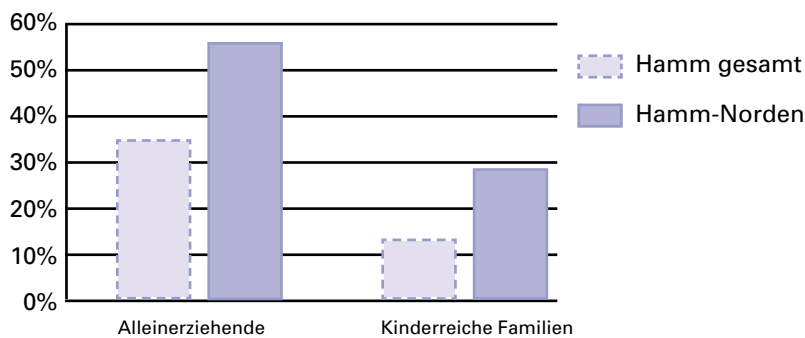
Wenn man die Haushaltsstruktur der Sozialhilfeempfänger/innen betrachtet, dann zeigt sich, dass insbesondere Familien von der Sozialhilfebedürftigkeit betroffen sind. 35% aller Alleinerziehenden in Hamm leben von der Sozialhilfe; ebenfalls stark betroffen sind zusam-

³ Der Armutsbericht bietet auf der Basis einer lebenslagenorientierten Armutsdefinition eine detaillierte Beschreibung von Lebenslagen, von Fallbeispielen und von bisherigen Ansätzen Sozialer Arbeit und stellt somit gleichzeitig einen differenzierten Überblick über sozialpolitische Handlungsfelder in Hamm dar. Schließlich wurde von der Projektgruppe ein Handlungskonzept erarbeitet, das von den Erfahrungen der Stadtteilarbeit stark geprägt ist. Dabei wurde immer deutlicher, dass der beschrittene Weg eines integrierten Stadtteilentwicklungsprojektes die einzige Lösung bietet, mit der sozialräumlichen Ballung von Problemlagen umzugehen. Insofern wurde der Ansatz modellhaft. Eine Kernforderung im Handlungskonzept des Armutsberichtes besteht darin, das Modell des Hammer Nordens in geeigneter Weise auf andere Sozialräume zu übertragen.

Grafik 1: Sozialhilfequote nach Altersgruppen



Grafik 2: Sozialhilfequote von Alleinerziehenden und Kinderreichen Familien



men lebende Eltern mit mehr als zwei Kindern (kinderreiche Familien); hier liegt die Quote bei 14%. Wenn man die entsprechenden Daten für den Hammer Norden betrachtet, kumulieren auch hier die Probleme.

Die Arbeitsansätze Sozialer Arbeit im Hammer Norden

Durch die Aufnahme des Stadtteilprojekt in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ gelang es, Fördergelder in umfangreichem Maße für die Arbeit zu akquirieren. Hier werden insbesondere die über die Standardaufgaben des Jugendamtes, des Sozialamtes, der Bauverwaltung und anderer Ämter hinausgehenden Projekte beschrieben, die durch die Förderung möglich wurden, allerdings aufgrund der Vernachlässigung teilweise als Ersatz für nicht geleistete Standardaufgaben zu betrachten sind. Das Stadtteilprojekt hat einen eindeutigen Schwerpunkt auf Ansätze Sozialer Arbeit. Diese werden hier vorgestellt und bilden den Hintergrund der Überlegungen, wie eine stärkere arbeitsmarktpolitische Ausrichtung in den nächsten Jahren geschehen und mit den Ansätzen Sozialer Arbeit verknüpft werden kann.

Die Einrichtung des Stadtteilbüros Hamm-Norden: Das Stadtteilbüro wurde 1993 mit zwei

hauptamtlichen Mitarbeitern eingerichtet. Von Anfang an war es in die städtischen Planungen und Strategien integriert, hatte aber gleichzeitig den Auftrag, gemeinwesenorientiert und aktivierend mit den Bewohner/innen in den Problemquartieren zu arbeiten. Die vielfältigen Aktivitäten reichen von der Einrichtung eines Frauencafés und eines Mietercafés, einem Elternkreis drogenabhängiger Kinder und Jugendlicher, Angebote sozialer Gruppenarbeit für Jugendliche, Ferienspaßaktionen, Nachbarschaftsfeste in verschiedenen Quartieren, Bildungsveranstaltungen für Frauen, Projekte zur Gestaltung und zur Pflege des Wohnumfeldes bis zu der intensiven Begleitung von Einwohneraktivitäten. Hier ist insbesondere hervorzuheben die Begleitung des Mieterbeirates im Quartier „Schottschleife/ Schlagenkamp“. Für zwei eigenständige Projekte hat das Stadtteilbüro die Trägerschaft übernommen. Eine Spiel- und Lernhilfe zur Unterstützung von Schulkindern findet an drei Standorten täglich (mittags und nachmittags) mit hauptamtlichen Fachkräften statt. Weiterhin wurde in einem Mitte der neunziger Jahre neu entstandenen Wohnquartier, dessen städtebaulichen Zielsetzungen nicht erreicht werden konnten, eine „aktivierende Bewohner/innen-Arbeit“ begonnen.

Einrichtung eines niederschweligen Treffpunkts für Drogengebrauchende Jugendliche: Mit dem Arbeitskreis für Jugendhilfe e.V. (AfJ) ist der einschlägige Hammer Träger für Drogenprävention und Arbeit mit Drogenabhängigen in Hamm auch im Stadtteil tätig. Er bietet in einem Container offene Jugendarbeit und zusätzlich eine mobile Drogenberatung an.

Einrichtung der mobilen Jugendarbeit: Die mobile Jugendarbeit arbeitet seit September 1997 in gemeinsamer Trägerschaft der evangelischen und der katholischen Kirchengemeinde. Die beiden Mitarbeiter der mobilen Jugendarbeit streben an, zusammen mit Jugendcliquen im Stadtteil und in deren Eigenverantwortung Räume für Kids und Jugendliche zu schaffen.

Wohnungslosenarbeit: Im Hammer Norden existierten zu Beginn der Arbeit vier Notunterkünfte für Wohnungslose. Die Wohnungslosenarbeit hat zwei wesentliche Schwerpunkte: Zum einen soll bei akuten Problemen und Krisen (eskalierende Konflikte, Räumungsklage, Verschuldung, Wohnungskündigungen) durch entsprechende Maßnahmen eine Wohnungslosigkeit verhindert werden (Präventionsarbeit). Gleichzeitig sollen nach der städtischen Konzeption zur Verhinderung der Obdachlosigkeit die Obdachlosenunterkünfte nach und nach aufgelöst und die Bewohner/innen weitgehend in Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt vermittelt werden. Zur Zeit bietet die Wohnungsnotfallhilfe in einem eigenen Büro im Stadtteil Beratung und Hilfe an, arbeitet darüber hinaus aber auch aufsuchend (Betreuung und Wiedereingliederung Langzeitwohnungsloser).

Sintiarbeit: Die in Hamm lebenden Sintifamilien waren lange Zeit sozial auch innerhalb ihrer Gruppe desintegriert. Durch politische Bemühungen und das Engagement einer Lehrerin, die sich mit der Verfolgung von Sinti und Juden in Hamm im dritten Reich beschäftigt hatte, wurde 1992 als Integrationsprojekt ein Wohnwagenstellplatz errichtet, mit dem die Hammer Großfamilie wieder einen sozialen und kulturellen Mittelpunkt hatte. Neben der Schaffung von Gemeinschaftsräumen gehört zum Sinti-Projekt heute eine Spiel- und Lernhilfe für die Schulkinder, eine spezielle schulische Betreuung durch die Freistellung der Lehrerin im Schulamt, Jugendarbeit und erste Bemühungen um arbeitsmarktorientierte Maßnahmen.

Vernetzung der Sozialen Arbeit mit städtebaulichen Projekten: Die städtebaulichen Projekte (Spielraum- und Wohnumfeldgestaltung, Verkehrssicherung, Umbau eines alten Bauernhofes zu einer Kindertageseinrichtung und einem Bürgertreff, B&Q-Projekt Waschhaus Konfetti, Gestaltung innerstädtischer Plätze) werden in enger Abstimmung mit den sozialen Projekten

geplant und realisiert. Die Zusammenarbeit ist als sehr gut zu bezeichnen. Die städtebaulichen Maßnahmen boten von Anfang an Chancen, arbeitsmarktpolitische Ansätze zu realisieren.

Die programmatische Arbeit – Strukturen

Nachdem durch die Neuorganisation der Sozialen Dienste und der Schaffung des Arbeitskreises Hamm-Norden der Bezug zum Sozialraum und zur Lebenswelt der Menschen hergestellt war, wurde das gemeinsame Ziel der Arbeit kontinuierlich aus den programmatischen Grundsätzen in konkrete Arbeitsschritte umgesetzt. Die Steuerungsfunktion übernahm nach und nach der Arbeitskreis Hamm Norden in einem sich verändernden Zusammenspiel mit dem Präventivkreis.

(a) Der Präventivkreis

Im Präventivkreis kommen nach wie vor Profis aus den Schulen, städtischen Dienststellen, Mitarbeiter/innen der freien Träger (Vereine, Kindertageseinrichtungen, Kirchengemeinden, Horte) und Politiker aus dem Stadtbezirk mit engagierten Bürger/innen zusammen. Der Präventivkreis ist ein selbstorganisiertes Gremium und unterliegt keinerlei Weisungsgebundenheit. Er wird von einem gewählten Vorstand geleitet. Seine Aufgaben sind die Initiierung und Anregung von Projekten, die Kontrolle der Arbeit insgesamt, die Durchführung der Stadtteilkonferenzen und anderer Bürgerbeteiligungsformen und die Vernetzung aller beteiligten Institutionen. Er trifft sich mittlerweile achtwöchentlich.

(b) Der Arbeitskreis Hamm-Norden

Die Aufgabe des Arbeitskreises Hamm-Norden war die Steuerung der im Rahmen des Stadtteilprojektes geförderten Projekte unter Einbeziehung der neuorganisierten Sozialen Dienste. Dazu kam im Laufe der Zeit die Einbeziehung weiterer, unabhängig vom Stadtteilprogramm finanzierter Projekte. Darüber hinaus ist der Arbeitskreis eine ämter-, ressort- und trägerübergreifende Arbeitsgruppe, die projektorientiert in kooperativer Arbeit das sozial- und bewohnerorientierte Stadtteilentwicklungsprojekt Hamm-Norden verantwortlich weiterentwickelt. Der Arbeitskreis ist zuständig für alle Fragen und Probleme im Stadtteil. Er entwickelt Lösungen für Probleme und schlägt sie den entsprechenden Entscheidungsgremien vor. Die Konzepte werden in den Arbeitsgruppen des Arbeitskreises vorbereitet. Zum Arbeitskreis gehören feste Mitglieder, die sich der inhaltlichen Arbeit am Stadtteilentwicklungsprojekt verpflichtet fühlen. Darüber hinaus nehmen Mitarbeiter/innen weiterer Sachgebiete und Institutionen themenbezogen teil und arbeiten in einzelnen Projekten mit. Der Arbeitskreis trifft sich regelmäßig alle vier Wochen. Ein

Koordinationssteam bereitet die Sitzungen des Arbeitskreises vor und lädt dazu ein. Der Arbeitskreis hat mittlerweile eine differenzierte Arbeitsgruppenstruktur, in der die konkrete Arbeit geleistet wird (vgl. Schaubild 2).

Hervorzuheben ist am „Hammer Modell“ der Stadtteilarbeit das Zusammenspiel von Präventivkreis und Arbeitskreis Hamm-Norden. Sie sind „durch gegenseitige Teilnahme auch personell miteinander verzahnt. Diese Konstellation im Hammer Norden ist ein Beispiel, wie ein ‚freies‘, selbstgetragenes und bewohnernahes Gremium aus dem Stadtteil und ein übergeordnetes Abstimmungsgremium auf partnerschaftlicher Ebene zusammenarbeiten können“ (ILS 2000: 38).

(c) Die „Lenkungsgruppe“ auf der Ebene Verwaltung und Politik

Die „Lenkungsgruppe“ ist die gesamtstädtische Steuerungsebene. Wie im National Report des Instituts für Landes- und Stadtteilentwicklungsfassung NRW betont wird, ist „für eine relativ reibungslose verwaltungsinterne Umsetzung von Projekten ... eine enge Anbindung an Entscheidungsträger wichtig. (...) Erst eine entsprechend hohe Aufhängung in der Verwaltungshierarchie gewährleistet zügige Arbeit und Planungs- und Handlungssicherheit“ (ILS, 2000, S. 44). Die Lenkungsgruppe tagte vor allem in der Entwicklungsphase des Stadtteilprojektes regelmäßig und befürwortete und entschied die grundlegenden Richtlinien, die vom Arbeitskreis entwickelt worden waren. In den Jahren 1995 bis 1999 tagte sie aus unterschiedlichen Gründen nicht. Doch vor allem aus der Notwendigkeit, eine Abschlussphase des Modellprojektes einzuleiten, ergab sich in den letzten Jahren ein neuer Entscheidungsbedarf.

Für eine reibungslose Umsetzung von Projekten ist eine enge Anbindung an Entscheidungsträger wichtig. Erst eine entsprechend hohe Aufhängung in der Verwaltungshierarchie gewährleistet zügige Arbeit und Planungs- und Handlungssicherheit.

In der Lenkungsgruppe sind auch die Sachbearbeiter/innen aus den beiden Arbeitskreisen vertreten. Insbesondere die Beteiligung der Sachbearbeiterebene hat sich in der Lenkungsgruppe bewährt. Hierdurch wird die Transparenz von Entscheidungen erhöht, es nicht mehr so leicht möglich, im Arbeitskreis ausgehandelte Problemlösungen und Konzepte auf der Leitungsebene und „hinter verschlossenen Türen“ umzustoßen.

(d) Stadtteilarbeit als Organisationsentwicklung

Die Arbeitsstrukturen sind mit der Entwicklung des Stadtteilprojektes einem stetigen Veränderungsprozess unterworfen. Unter dem Gesichtspunkt der Organisationsentwicklung lassen sich bestimmte Charakteristika erkennen, die für den Erfolg der Arbeit wichtig sind. Der Arbeitskreis Hamm-Norden stellt eine Form der Querschnittsorganisation und damit eine sozialraumbezogene Organisationsform dar, in dem Mitarbeiter/innen aus den verschiedenen Bereichen bezogen auf einen konkreten Bereich mit für alle wahrnehmbaren konkreten Schwierigkeiten aufeinander angewiesen sind, um erfolgreich die jeweiligen Probleme lösen zu können. Der Arbeitskreis ist auf der Ebene des Sozialraums „allzuständig“. Das bedeutet nicht, dass alle Probleme gelöst werden können, aber immerhin ist es möglich, Lösungsvorschläge zu entwickeln und auf der Leitungsebene zu thematisieren.

Da die hierarchischen Einbindungen der einzelnen Mitarbeiter/innen nicht aufgelöst werden und oft zu Konflikten in den jeweiligen Fachämtern führen, ist ergänzend ein Leitungsgremium notwendig, das wiederum auf dieser Ebene entscheidungsfähig ist. Diese Ebene bildet die Lenkungsgruppe.

Diese beiden Organisationselemente werden im Hammer Norden sinnvoll ergänzt durch den Präventivkreis, der institutionell unabhängig und parteipolitisch neutral die Rolle des Anwaltes für die Einwohner/innen übernimmt. Der Präventivkreis kann Verfahren und Entscheidungen in oben beschriebenem Zusammenspiel kritisch hinterfragen, denn diese beiden Organisationsformen sind noch kein Garant für sachgerechte Entscheidungen und Problemlösungen. Nicht zuletzt kann der Präventivkreis auch Druck machen, wenn Entscheidungen zu zögerlich getroffen werden oder wenn Akteure sich nicht einigen können.

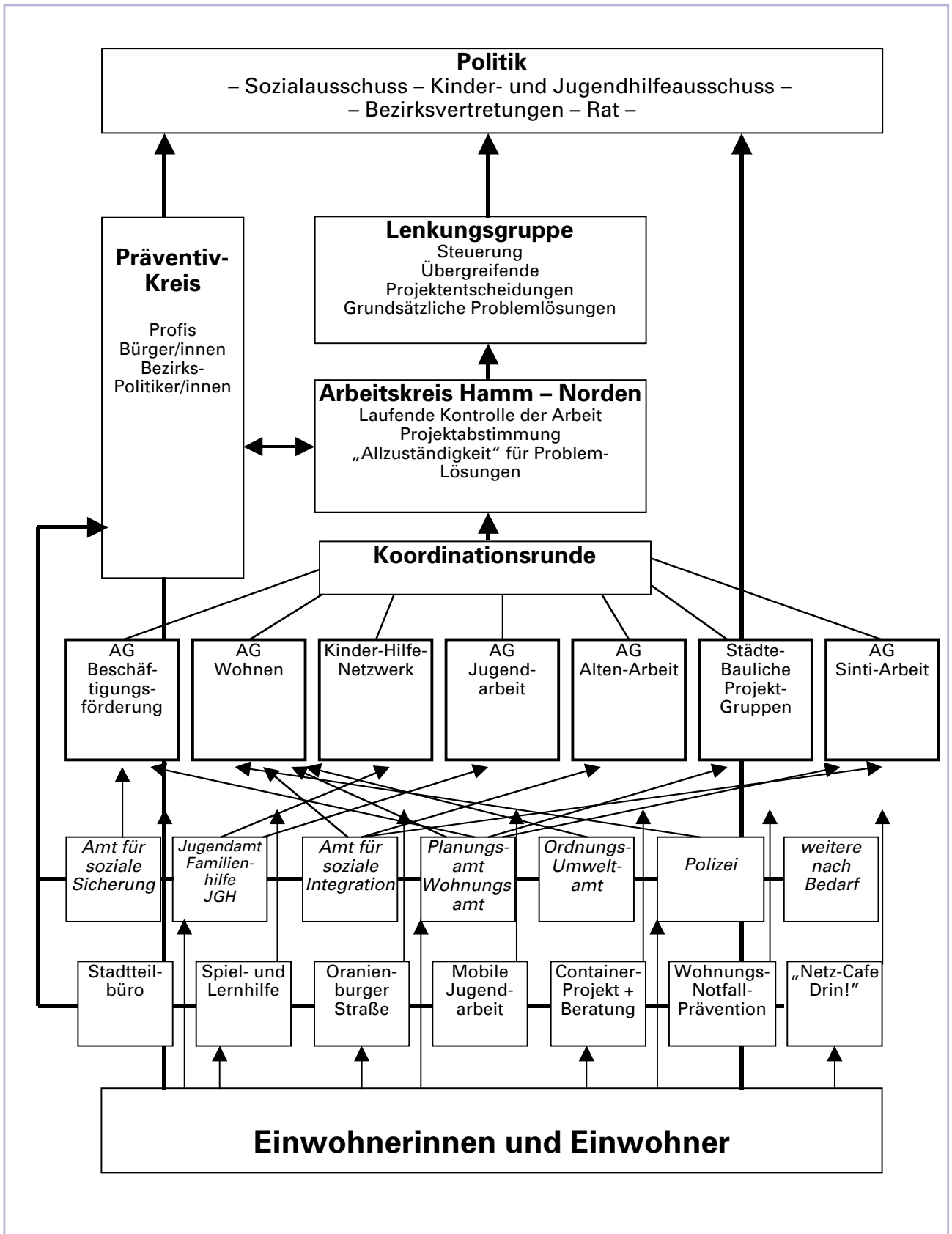


Schaubild 2: Die Arbeitsstrukturen des Hammer Projektes

Stadtteilarbeit als Entwicklungsprozess

Dass Stadtteilarbeit notwendigerweise flexible Strategien und Handlungsansätze voraussetzt, ist kaum zu bestreiten. Im Alltag sind Strukturen und Schwerpunkte der Arbeit nicht immer zu erkennen. Rückblickend kann man aber heute bestimmte Entwicklungsphasen erkennen, die sich folgendermaßen kennzeichnen lassen:

Erste Phase: Vorbereitung 1992-1994:

Anfang 1992 begann das Stadtteilprojekt vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt im Stadtteil mit der Gründung des "Präventivkreises Hamm-Norden". Dieser fordert gemeinwesenorientierte Stadtteilarbeit und erreicht mit einer öffentlichkeitswirksamen ersten Stadtteilkonferenz im September 1992 eine erste politische und verwaltungsinterne Beachtung. Der Präventivkreis Hamm Norden ist der Initiator und Lobbyist, der Projekte in Hamm-Norden vorantreibt und Stadtteilakteure einbindet.

Im Juli 1993 wird das Stadtteilbüro als zentrale Forderung des Präventivkreises zunächst mit städtischer Finanzierung eingerichtet. Ab 1993 finden Vorarbeiten für die "Städtebauliche Rahmenplanung Hamm-Norden" im Planungsamt statt. Im Sozialdezernat findet die Diskussion über die Neuorganisation Sozialer Dienste statt. Alle diese Entwicklungsstränge führen im Juni 1993 zum Ratsbeschluss des "Sozial- und bewohnerorientiertes Stadtentwicklungskonzeptes Hamm-Norden", der als Grundlage der Antragstellung im Landesprogramm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" diente.

Zweite Phase: Aufbau und Wachstum 1994-98:

Im März und August 1994 finden die zweite und dritte Stadtteilkonferenz Hamm-Norden statt. Hier werden in teilweise aggressivem Klima viele Beschwerden und Probleme vorgebracht. Die Akteure des Stadtteilprojektes übernehmen den Auftrag, diese Probleme abzuarbeiten, wobei sie keine reale Chance sehen, sie ohne Mitwirkung der Bewohner/innen zu lösen.

1994 findet das Projekt Aufnahme in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Mit der Förderung werden die vorher konzipierten Projektbereiche in Angriff genommen und im Lauf der Jahre ausgebaut. Der inhaltliche Fokus der Projekte liegt in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit, Bewohnerbeteiligung. Ende 1994 wird das Stadtteilzentrum in der Sorauer Straße von den Teams der Familienhilfe und des Sozialamtes sowie der Geschäftsstelle des Stadtteilbüros (als zweiter Dépendance) bezogen. Das Planungsbüro BASTA und das Planungsamt erarbeiten den städtebaulichen Rah-

menplan Hamm-Norden und beziehen befristet die Räume im Stadtteilzentrum. Im März 1995 wird der städtebauliche Rahmenplan Hamm-Norden vom Rat beschossen. Im März 1995 findet die dritte Stadtteilkonferenz Hamm-Norden statt. Kinderhilfenetzwerk und die AG Jugendarbeit werden als Arbeitsgruppen des Arbeitskreises Hamm-Norden gegründet.

Dritte Phase: Konsolidierung 1998/1999:

Neue Träger, die aufgrund der Lage in einem "Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf" eine Förderung außerhalb des Stadtteilprogramms einwerben konnten, treten hinzu. Die Vielfalt der Träger, Projekte und Förderwegen führt teilweise zu Koordinationsproblemen, "Vernetzung" droht zur „Verstrickung“ zu werden. 1998 findet eine Klausurtagung aller Akteure im Stadtteil unter der Fahne des Präventivkreises statt. Die Projekte differenzieren sich an weiteren Standorten im Stadtteil. Im April 1998 zeigt die vierte Stadtteilkonferenz Hamm-Norden ein verändertes, positiveres Klima und eine Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit. In einer Evaluationsstudie des Institut für Landes- und Stadtteilentwicklungsfassung des Landes NRW (ILS 1999) werden positive Resonanzen auf Seiten befragter Einwohner/innen deutlich. In dieser Phase kristallisiert sich heraus, dass der Arbeitskreis Hamm-Norden die Verantwortung für die Ausgestaltung der Arbeit übernommen hat. Der Präventivkreis führt eine intensive Diskussion über den Funktionswandel und die weitere Ausrichtung des Präventivkreises und entscheidet sich, den Schwerpunkt auf die Kontrolle und kritische Begleitung der Arbeit zu legen, und gründet im April 1999 den Förderverein Hamm-Norden. Der Arbeitskreis Hamm-Norden richtet 1999 die Arbeitsgruppen Sinti-Arbeit und stadtteilbezogene Beschäftigungsförderung ein.

Vierte Phase: Rückführung und Erhalt von Kernbereichen Ende 1999/2000 bis 2005:

Ende 1999 und das Jahr 2000 sind eine nochmalige Umbruchzeit. Durch den Macht- und Personenwechsel an der Stadtspitze nach der Kommunalwahl und personelle Veränderungen bei zentralen Akteuren des Projektes wird eine kritische Sichtung der Arbeitsansätze und Projekte sinnvoll und notwendig. Das Land kündigt an, dass die Förderung des Hamm-Nordens aus dem Stadtteilprogramm mittelfristig auslaufen wird. Die Aufforderung, ein Rückführungs- und Konsolidierungskonzept zu erarbeiten, führt zusätzlich zur Notwendigkeit einer konzeptionellen Erneuerung. Eine im Februar 2000 stattfindende zweitägige Klausurtagung, diesmal in Verantwortung des Arbeitskreises Hamm-Norden, erarbeitet eine veränderte in-

haltliche Schwerpunktsetzung und eine Strategie für einen Abschluss der Modellförderung. Eine regelmäßig tagende Koordinierungsrunde etabliert sich als Steuerungsgremium der laufenden Arbeit.

Im Mai 2000 tagt die erste gemeinsame Lenkungsgruppe Hamm-Norden und Hamm-Westen. Vor dem Hintergrund eines massiven Quartiersproblems wird die AG Wohnen gegründet. Der Arbeitskreis Hamm-Norden erhält durch die Verlagerung der Arbeitsebene in die Arbeitsgruppen eine koordinierende und steuernde Funktion. Für den März 2001 ist eine Klausurtagung geplant, um die konzeptionelle Arbeit fortzusetzen. Bis Ende 2005 wird der Abschluss des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ mit dem Wegfall der Förderung zu leisten sein. Auch wenn nicht alle Projekte fortgesetzt werden können, so bieten doch die Arbeits- und Organisationsstrukturen die Chance, auch über die Modellförderung hinaus dauerhaft stadtteilorientiert weiterzuarbeiten.

Bewohnerbeteiligung im Rahmen des Stadtteilentwicklungsprojektes als Voraussetzung spezieller Formen der Kinderbeteiligung

Die Bewohnerbeteiligung hat für das sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojekt Hamm-Norden eine zentrale Bedeutung. Sie stellt den Rahmen dar, in dem die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stattfindet. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Ziel, die Bewohner/innen zu Eigenaktivität und zur Übernahme von Verantwortung anzuregen. Bei der Fülle der sozialen Probleme ist es offensichtlich, dass nicht alle Probleme von öffentlichen Institutionen und auf professioneller Basis geleistet werden können. So stehen hier das Ziel der Aktivierung und des Empowerments einer allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Demokratisierung gleichgewichtig gegenüber.

Die Erfahrungen zeigen, dass, je konkreter die Fragen sind und je direkter die Betroffenheit ist, um so eher sind die Bewohner/innen zum Engagement bereit.

Allgemeine stadtteilpolitische Fragestellungen erreichen die meisten Bürger/innen nicht.

Daraus folgte im Hammer Norden konsequenterweise projektorientiertes Arbeiten, möglichst parallel kurze kleinere Projekte neben längerfristigen Projekten, bei denen immer wieder eine Rückmeldung an die Beteiligten über den Sachstand gegeben wird. Durch neue Formen der Kooperation sollten Reibungsverluste und gegenseitige Blockaden vermindert werden, die für Verwaltung bei abteilungs-, amts- und vor allen Dingen dezernats- und trägerübergreifendem Handeln ty-

pisch sind. Nicht zuletzt war mit dem Konzept langfristig die Hoffnung verbunden, Kosteneinsparungen zu erzielen. Vor allem aus Sicht der Sozial- und Jugendhilfe wurde erwartet, dass die Förderung des Selbsthilfepotentials insbesondere Eltern ermöglicht, Kinder und Jugendliche in ihrer gewohnten Umgebung zu fördern und zu stabilisieren.

Die Erfahrungen zeigen, dass, je konkreter die Fragen sind und je direkter die Betroffenheit ist, um so eher sind die Bewohner/innen zum Engagement bereit.

Folgende Bereiche der Bewohnerbeteiligung wurden im Laufe der letzten sieben Jahre entwickelt:

Bürgerbeteiligung durch den Präventivkreis:

Der Präventivkreis verstand sich selber als Basisinitiative, die allen Bürgerinnen und Bürgern offen steht. Er war allerdings in erster Linie eine Initiative von im Stadtteil tätigen Profis und keine Bewohnerinitiative; der Anteil der direkt im Norden lebenden Bürger war immer sehr gering. Es handelte sich um Elternvertreter/innen, Vereinsvorsitzende oder politisch Aktive. Nur wenige unorganisierte Bürger/innen haben den Weg in den Präventivkreis gefunden und sind über mehrere Sitzungen dabeigeblichen.

Die mit der ersten öffentlichen Anhörung des Präventivkreises begonnenen Stadtteilkonferenzen waren zunächst ein Forum der Selbstdarstellung des Präventivkreises. Von einer kleinen Gruppe von Bürger/innen wurden sie als ein reines Beschwerdeforum genutzt, ohne dass diese eine Bereitschaft zu Engagement erkennen ließen. So wurden 1995 bis 1998 keine Stadtteilkonferenzen mehr durchgeführt. Ein neuer Versuch war im März 1999 erfolgreich. Nach der mittlerweile breit in die Bevölkerung hinein wirkenden Arbeit des Projektes war ein positives und wohlwollendes Klima gegenüber den Verantwortlichen spürbar. Die weiterhin im Stadtteil bestehenden Probleme konnten sachlich diskutiert werden. Die Stadtteilkonferenzen werden mittlerweile in gemeinsamer Verantwortung von Präventivkreis und Arbeitskreis Hamm-Norden durchgeführt.

Der Versuch, stärker mit den im Stadtteil arbeitenden Vereinen und Verbänden zu arbeiten und ihre Mitwirkung im Projekt zu erreichen, war lange Zeit erfolglos. Stadtteilentwicklungsprojekt und die etablierten Vereine und Verbände (in der AG der Nordener Vereine zusammengeschlossen) führen eine friedliche Koexistenz, die über ein Mindestmaß an Kooperation nicht hinausgeht. Im Jahr 2000 konnte allerdings zum ersten Mal ein gemeinsames Stadt-

teilstest zur Eröffnung eines städtebaulichen Projektes durchgeführt werden.

Bewohnerbeteiligung durch das Stadtteilbüro

Das Stadtteilbüro ist mit seinem gemeinwesenorientierten Arbeitsansatz ein wesentlicher Organisator und Initiator für eine quartiersbezogene Bewohnerbeteiligung. Ausgehend von den Anlaufstellen in den Quartieren Schottschleife/ Schlagenkamp und Oranienburger Straße werden Bewohner/innen aller Altersgruppen und Nationalitäten Möglichkeiten geboten, ihre Interessen zu äußern und für ihre Umsetzung aktiv zu werden. Die internationalen Frauentreffen werden sehr gut angenommen, die Frauen suchen Unterstützung beispielsweise in der Erziehung und bei der schulischen Betreuung. Hieraus ist die Spiel- und Lernhilfe entstanden.

Eine Müllvermeidungsinitiative ist an den unflexiblen Abrechnungsstrukturen der Wohnungsverwaltung gescheitert. Die wohnungsnahen Spielflächen wurden mit Begehungen kritisch begutachtet und führten in Verbindung mit den Kinderstreifzügen zu einer umfangreichen Wohnumfeldgestaltung und zur Neuordnung der Müllstandorte. Zur Durchführung von Ferienspaßaktionen wurden Mütter aktiviert, die sich engagiert beteiligten. Darüber hinaus arbeitet das Stadtteilbüro in den meisten Beteiligungsprojekten im Stadtteil mit.

Beteiligung bei der Erarbeitung des Städtebaulichen Rahmenplans

Der städtebauliche Rahmenplan wurde in einem intensiven Beteiligungsverfahren, das sich an den einfürend genannten Grundsätzen orientierte, entwickelt. Schon die einjährige Präsenz des durchführenden Planungsbüros im Stadtteil mit einem eigenen Büro sowie die aktive Teilnahme an den wichtigen Gremien und Veranstaltungen bot allen Bewohner/innen die Möglichkeit, ihre Anliegen vorzubringen. Die Partizipation bezog sich einerseits auf die Erarbeitung des Rahmenplans, zum Beispiel durch die Rückkopplung der vorläufigen Ergebnisse und neue Informationsgewinnung auf zwei Stadtteilkonferenzen und durch regelmäßige Teilnahme an Präventivkreis und Arbeitskreis Hamm-Norden. Andererseits fand die Bewohnerbeteiligung schwerpunktmäßig bei der Entwicklung und Umsetzung der Projekte statt. Aus dieser projektbezogenen Beteiligung sind wiederum Erkenntnisse in den Rahmenplanprozess geflossen.

Beteiligung bei der Wohnumfeldgestaltung durch Wohnungsbaugesellschaften

Zwei durch Umfang und Qualität besonders hervorhebenswerte Wohnumfeldgestaltungs-

projekte verdeutlichen den Ansatz der integrierten Planung. Die Maßnahmen an der Danziger Straße und in der Schottschleife/ Schlagenkamp wurden mit intensiven Beteiligungsverfahren und differenzierten Methoden von der ersten Begehung bis hin zu Bauaktionen in der Realisierungsphase durchgeführt.

Beteiligung in der Kinder- und Jugendarbeit

Die Beteiligung von Jugendlichen nimmt einen besonders wichtigen Raum ein. Als „Problemverursacher“ und so als eigentlicher Anlass des Stadtteilentwicklungsprojektes sollten sie insbesondere an der Stadtteilentwicklung beteiligt werden, um ihr Aggressionspotential durch eine positive Integration zu verringern. Zu nennen sind als bisherige Ergebnisse die Streifzüge innerhalb des Rahmenplanprozesses, die Beteiligung in der Spielraum- und Wohnumfeldgestaltung und erste Ansätze bei einer raumbezogenen Aktivierung (Hüttenbauprojekt Mattenbecke). Zur Zeit wird im Arbeitskreis Jugend intensiv diskutiert, wie die Beteiligungsansätze intensiviert werden können.

Veränderungen im Stadtteil durch das Stadtteilprojekt

Die Auswirkungen des Stadtteilprojektes sind an vielen Stellen wahrnehmbar. Das allgemeine Klima hat sich positiv verändert. Die letzte Stadtteilkonferenz hat deutlich gemacht, dass die vielfältigen Maßnahmen und ihre positiven Auswirkungen in breiten Bevölkerungskreisen wahrgenommen und gutgeheißen werden.

Besonders augenfällig in den vergangenen drei Jahren ist der enorme Rückgang der Polizeimitteilungen über Straftaten von strafmündigen Kindern, d.h. von Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren, die im Jugendamt von der Familienhilfe „bearbeitet“ werden. Hier scheinen vor allem die Bemühungen der Spiel- und Lernhilfe und der sozialen Gruppenarbeit Wirkung zu zeigen.

Inzwischen hat sich auch die Situation in bezug auf die Entwicklung von Jugendkriminalität im Hammer Norden weitgehend normalisiert. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend in Nordrhein-Westfalen ist die Tendenz im Hammer Norden positiv. Natürlich ist nicht auszuschließen, dass die Zahlen in den kommenden Jahren wieder höher sein werden. Dennoch ist insgesamt eine deutliche Verbesserung festzustellen, die man ursächlich mit der gesamten Arbeit im Hammer Norden in Verbindung bringen kann.

Die Arbeit hat zu einer deutlichen Verbesserung des Klimas der Bevölkerung in den benachteiligten Wohngebieten geführt. Viele Be-

wohner/innen bemerken die Erfolge der Maßnahmen in ihrem Alltagsleben. Das Ausmaß der Bedrohung scheint gesunken zu sein, wie zwei Bürgerbefragungen der Polizei 1999 und 2000 festgestellt haben. Nicht zuletzt ist auch an den gesunkenen Zahlen der Anklageschriften ein Sinken der Kriminalität abzulesen.

In der „Außenwahrnehmung“ im übrigen Stadtgebiet hat sich das Image noch nicht unbedingt verbessert. Im Gegenteil, die große Zahl der sozialen Maßnahmen wird zum Teil als Indikator für eine beängstigende Situation benutzt, gleichzeitig herrscht in anderen Stadtteilen mit ähnlichen Problemlagen ein erheblicher Neid über die Ressourcen und Möglichkeiten, die mit dem Stadtteilprogramm in Hamm-Norden verbunden sind.

3. Exemplarische Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen

Durch die kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Stadtteilbüro und Planungsamt setzte sich allmählich das gemeinsame Verständnis durch, dass Kinder eine wichtige Zielgruppe der Beteiligungsverfahren sind. Deshalb konnte eine Reihe von Projekten mit Kindern und Jugendlichen im Hammer Norden durchgeführt werden.

Auf diesem Hintergrund werden die folgenden exemplarisch dargestellten Praxisbeispiele (selbst-)kritisch beschrieben.

Beispiel 1: Streifzüge im Hammer Norden zur Entwicklung eines städtebaulichen Rahmenplans

1993 beschloss die Stadt Hamm, im Rahmen des sozial- und bewohnerorientierten Stadtteilentwicklungsprojektes Hamm-Norden einen städtebaulichen Rahmenplan erarbeiten zu lassen. Damit wurde ein Planungsbüro (BASTA) beauftragt, das wegen der konsequenten Anwendung partizipativer Beteiligungsverfahren einen guten Ruf hatte.

In der Erarbeitungsphase des städtebaulichen Rahmenplan wurden 1993 mit dem Planungsbüro „Stadt-Kinder“ (vgl. APEL & PACH, 1997; die Autoren führten die erste Streifzugserie in Hamm und deren Auswertung durch) und 1994 mit BASTA ca. 30 Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Da ein städtebaulicher Rahmenplan die Entwicklung eines Stadtteils für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre definiert, war in diesem Fall von vornherein klar, dass die Befragung der Kinder und Jugendlichen keine unmittelbaren politischen Auswirkungen haben würde.

Aus diesem Grund wurde die Befragung mit einem Abenteuerspielplatzprojekt verbunden,

bei dem die Nordener Kinder und Jugendlichen vierzehn Tage lang Gelegenheit hatten, auf dem Schulhof der Ludgeri-Schule eine Abenteuerspielplatz-Stadt zu erbauen. Mit den jugendlichen Teilnehmer/innen dieses Projekts wurden Kleingruppen von 3-6 Kindern gebildet, die mit zwei Erwachsenen auf einen Streifzug durch den Stadtteil gingen. Die erwachsenen Begleiter interviewten, protokollierten und fotografierten die Aussagen der Kinder. Diese wurden während des Streifzugs nach ihrer Nutzung des Stadtteils, nach Spielmöglichkeiten, nach abenteuerlichen Plätzen und nach Gefährdungspunkten gefragt (zur Methodik der Streifzüge, vgl. APEL & PACH, 1997).

Die Ergebnisse wurden vom Planungsbüro ausgewertet, in einem Bericht zusammengefasst und in dem städtebaulichen Rahmenplan berücksichtigt. Aus den Streifzügen ergaben sich vier wesentliche Handlungsziele:

(a) Gestaltung des Siedlungsrandbereiches:

Die Kinder machten Aussagen über die spielerische Nutzung der Lippeaue. Insbesondere beklagten sie den Verlust ihres Spielparadieses an der Oranienburger Straße, an der eine große Fläche neu bebaut wurde. Als planerische Konsequenz wurden in der Folgezeit die für den Siedlungsrand vorgesehenen Bebauungspläne geändert und statt einer achtgeschossigen Wohnbebauung wurden die entsprechenden Flächen dem Landschaftsschutzgebiet zugeordnet.

(b) Wohnungsnahe Spielfläche:

Die wohnungsnahen Spielflächen der Wohnungsgesellschaften haben, so zeigten die Streifzüge, eine wichtige Aufenthaltsfunktion, da sie von den Wohnungen aus einsehbar sind. Vor allem Mädchen finden hier einen wichtigen Spielort. Der qualitative Zustand der Spielplätze war sehr schlecht, und es war dringend nötig, hier Verbesserungen durchzuführen. Diese Anregung wurde 1997 von der LEG durch eine umfangreiche Wohnumfeldsanierung aufgegriffen, die den Spielwert des Geländes sehr erhöhte.

(c) Gefährdungspunkte im Verkehr:

An den wichtigsten, von den Kindern genannten Brennpunkten hat die Bauverwaltung neue Quermöglichkeiten geschaffen. Von den Kindern wurde die mangelnde Nutzbarkeit mehrerer öffentlicher Plätze bemängelt. Infolgedessen hat die Verwaltung im Rahmen der Städtebauförderung erfolgreich Mittel beantragt, so dass in den nächsten drei Jahren der Rheinsberger Platz, der Karlsplatz und der Tondernplatz mit intensiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern umgeplant und umgestaltet werden können.

Kinder können auch mittel- bis langfristig politische Wirkungen erzeugen, wenn sie in geeigneter methodischer Form befragt werden, wenn die Ergebnisse professionell in die Planungsprozesse eingebracht und Bündnispartner gefunden werden und wenn es Organisationsstrukturen gibt, in denen langfristig an der Verbesserung des Stadtteils gearbeitet wird.

Die hier beschriebenen Auswirkungen gingen sicher nicht allein auf die Kinderstreifzüge zurück. Vor der Rücknahme der Bebauungspläne im Siedlungsrandbereich gab es gleichlautende Forderungen aus dem Umweltbereich. Für eine Wohnumfeld-Umgestaltung hat sich das Stadtteilbüro Hamm-Norden nach der Durchführung der Streifzüge sehr intensiv eingesetzt und eigene Wohnumfeld-Begehungen mit den Anwohner/innen durchgeführt.

Am Beispiel der Streifzüge im Hammer Norden wird deutlich, dass Kinder auch mittel- bis langfristig politische Wirkungen erzeugen können, vor allem, wenn sie in geeigneter methodischer Form befragt werden, wenn die Ergebnisse professionell in die entsprechenden Planungsprozesse eingebracht werden, wenn Bündnispartner gefunden werden und wenn es Organisationsstrukturen gibt, in denen langfristig an der Verbesserung des Stadtteils gearbeitet wird.

Beispiel 2: Die Planung und der Bau eines kinderfreundlichen Wohnumfeldes in der Danziger Straße

Die Hammer gemeinnützige Baugesellschaft mbH (HgB) hatte 1992 damit begonnen, eine Reihe von Häusern in der Danziger Straße zu modernisieren. Es gab bei der HgB Überlegungen für eine Verbesserung der Stellplatzsituation und für verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Danziger Straße.

Ein Ziel der HgB war, in Zusammenarbeit mit der Stadt Hamm und anderen Organisatoren die Anwohner/innen bei der Gestaltung der Außenbereiche zu beteiligen und insbesondere eine kinderfreundliche Gestaltung zu erreichen. Durch die Beteiligung des Kinderbüros am Wettbewerb „Bau- und Wohnhits von Kids“ des Ministeriums für Bauen und Wohnen NRW und die damit verbundene Bezuschussung konnten die Kinder in einem intensiven Prozess an Planung und Bau des Wohnumfeldes beteiligt werden.

Um alle Anwohner/innen gleichermaßen zu beteiligen, einigten sich die Initiatoren des Projekts auf differenzierte Zielgruppenarbeit. Das bedeutete, dass für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen spezielle Angebote im Vorfeld gemacht wurden, um herauszufinden, was

die einzelnen Gruppen wollten. Zu Beginn und zum Ende des Projekts gab es eine Versammlung aller Anwohner/innen, dazwischen fand der Arbeitsprozess aber in den jeweiligen Zielgruppen statt.

Erhebliche Probleme zeigten sich gleich am Anfang: Einmal gärten zwischen den deutschen und türkischen Anwohner/innen ein Nationalitätenkonflikt. Dann erschien es den Erwachsenen unbegreiflich, dass Kinder beteiligt werden sollten. Auf die Einladung, zur ersten Anwohnerversammlung die Kinder mitzubringen, ging niemand ein. Des Weiteren wurde deutlich, dass das Hauptinteresse der Erwachsenen die Schaffung von Autostellplätzen war. Davon waren sie erst mit dem (stichhaltigen) Argument abzubringen, dass neue Stellplätze zusätzlichen Verkehr aus dem angrenzenden Wohngebiet anziehen würden.

Am Anfang erschien es den erwachsenen Anwohner/innen unbegreiflich, dass Kinder beteiligt werden sollten. Auf die Einladung, zur ersten Versammlung die Kinder mitzubringen, ging niemand ein.

Die Kinderprojektwoche als zentrales Element des Planungsprozesses

Die Arbeit mit den Schulkindern fand im wesentlichen in der ersten Osterferienwoche 1992 statt. Die Kinder wurden durch eine Straßen spielaktion aufmerksam gemacht, und zum ersten Treffen kamen acht Kinder. Die brachten ihre Freundinnen und Freunde mit, und die Projektgruppe wuchs schnell auf über dreißig Kinder.

Das methodische Grundkonzept basierte auf dem Ansatz der Projektarbeit (vgl. BARTSCHER, 1998, Kap. 6). Verschiedene Erfahrungen in anderen Projekten hatten gezeigt, dass Kinder dann am besten in der Lage sind, abstrakte Planungen zu begreifen, wenn sie in einem Modell realisiert werden. Um den Kindern zu vermitteln, worum es eigentlich ging, wurde zunächst eine Phase der „Horizontweiterung“ vorgeschaltet. Den Planer/innen war klar, dass Kinder nicht ohne Anregungen kreative und neue Spielmöglichkeiten planen können (wie Erwachsene übrigens auch nicht). Unter anderem wurden ein Abenteuerspielplatz, der Spielbogen im Dortmunder Westfalenpark und ein Kindertagesstätten-Außen gelände besucht, das als Naturspielgelände angelegt war. Durch diese Exkursionen bekamen die Kinder eine Vielzahl von Anregungen.

Auf der Grundlage all dieser erlebten Spiel elemente erstellte eine kleinere Gruppe von Kindern eine Liste von Geräten, die in ihre

Wohnumgebung passten. Nach einem intensiven Abwägungsprozess unter finanziellen, rechtlichen und anderen planerischen Gesichtspunkten konnte mit dem Modellbau begonnen werden. Die Kinder vermaßen das Gelände, die Häuser wurden maßstabsgetreu auf eine Holzplatte gebaut, und dann wurde das Außengelände mit den Spielgeräten als Modell gestaltet. Das fertige Modell wurde von den Kindern am Abschluss-Nachmittag der Projektwoche den Erwachsenen, Jugendlichen und Politiker/inne/n aus dem Stadtteil vorgestellt.

Am interessantesten war die Reaktion der Jugendlichen, die kritisierten, das Modell sei nicht realisierbar, weil ja doch alles kaputtgemacht würde. Das einzig Sinnvolle sei ein Bolzplatz mitten zwischen den Häusern (mit Draht vor allen Fenstern, damit keine Scheiben kaputtgingen). Aus diesen provozierenden Äußerungen ergab sich eine spannende Diskussion um Fragen wie „Warum wird immer alles kaputtgemacht?“, „Welche Möglichkeiten haben Jugendliche?“, „Was fehlt sonst noch im Stadtteil?“ Die Kinder verteidigten ihre Ideen, und die Jugendlichen erklärten sich später bereit, konstruktiv mitzuarbeiten.

Im Anschluss an die Kinderprojektwoche wurde ein Architekt mit der Ausbauplanung beauftragt. Im Februar 1993 wurde mit einem öffentlichen ersten Spatenstich der Bau begonnen und im Herbst mit einem großen Nachbarschaftsfest abgeschlossen. In den letzten Tagen der Bauphase beteiligten sich die Kinder am Bau und stellten unter anderem Spielgeräte auf, die sie in der langen Wartezeit in den Herbstferien zuvor gebaut hatten.

Zusammenfassende Bewertung

Neben dem eigentlichen Anliegen, ein Wohnumfeld zu planen und zu bauen, ist die Lösung sozialer Spannungen zumindest in Ansätzen gelungen. Nach anfänglicher völliger Ablehnung wurde mehr und mehr das Interesse der Anwohner/innen geweckt. Die Konfrontation zwischen den Nationalitäten haben sich während der ersten Projektphase beruhigt. Es war für die Beteiligten eine wichtige Erfahrung, dass andere die gleichen Interessen haben können und dass es in beiden Gruppen Menschen gibt, die gegen soziale Regeln verstoßen.

In der Bauphase gab es eine Reihe von Schwierigkeiten, gute Ideen aus den Projekten, die noch in die Planung übernommen worden waren, in die Realität umzusetzen. Ursachen waren technische Schwierigkeiten und mangelndes Verständnis der Baufirma (Bau eines Berges, Kletterfelsen), aber auch Bedenken der erwachsenen Anwohner/innen. Es gab noch einmal Änderungen, teilweise in Abstimmung

mit der Projektgruppe, teilweise eigenständig durch die Baufirma. Ein großes Problem bestand darin, dass die Baufirma nur sehr zögerlich arbeitete und sich die Baumaßnahme über sechs Monate hinzog. Endgültig auf der Strecke geblieben ist eine von den Kindern gewünschte Wasserspielanlage.

Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass von der Wohnungsgesellschaft keine Konsequenzen aus dem Modellprojekt gezogen wurden. Die Wohnumfelder in angrenzenden Siedlungen wurden ohne integrierte Spielflächen realisiert. So konzentrierten sich die Spielaktivitäten im Quartier Danziger Straße mit erheblichem Konfliktpotential. Auch wenn die Planung bis heute Bestand hatte, kam es über die Jahre immer wieder zu Nachbarschaftskonflikte. 2000 hat es einen neuen Anlauf zur Regelung der Konflikte und zu einer neuen Überprüfung der Konzeption durch die damals am Projekt Beteiligten gegeben. Vom Kinderbüro ist eine Bewohnerbefragung durchgeführt worden, die demnächst vorliegt und als Grundlage für weitere Aktivitäten dienen soll.

Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen mit Kindern

Auch Bauprojekte auf öffentlichen Spielplätzen sind als wichtiger Bestandteil eines gestadtischen Beteiligungsschwerpunktes zu sehen. Dieser Schwerpunkt entwickelte sich aus der Erfahrung, dass die Einbindung von Kindern in die Planung von Spielräumen wie im Projekt „Danziger Straße“ zwar gut gelungen war. Für das kindliche Erleben gerät jedoch die Realisierung einer Planung außerhalb ihres Erfahrungshorizonts, wenn Spielplätze erst ein bis zwei Jahre später gebaut werden. Deshalb bieten Bauprojekte Möglichkeiten, Kinderinteressen in überschaubaren Zeiträumen und unter ihrer aktiven Beteiligung zu realisieren. Im Hammer Norden wurden Bauprojekte auf einer Reihe von städtischen Spielplätzen und in privaten Wohnumfeldmaßnahmen durchgeführt.

Wichtigster Teil der Vorbereitung von Bauprojekten ist es, konkrete Gestaltungsmöglichkeiten mit verschiedenen Materialien auszuarbeiten, die den rechtlichen und sicherheitstechnischen Ansprüchen an Spielraumgestaltung gerecht werden, den Kindern aber auch kreative Gestaltungsmöglichkeiten einräumen. Als Gestaltungsmöglichkeiten haben sich dabei herauskristallisiert:

- die Gestaltung von Weidenhütten;
- der Bau von Hochbeeten, Sitz- und Spielgelegenheiten aus Naturbruchsteinen;
- der Bau von Klettertürmen und Spielhäusern aus Kanthölzern und Sperrholztafeln;

- die Modellierung von Kunst-Kletter-Spielobjekten aus Beton;
- die Gestaltung von zweidimensionalen Phantasiewesen, Tieren aus Sperrholztafeln und Farbe;
- die Anlage von Schaukel- und Schwingelementen an vorhandenen Bäumen mit entsprechenden Seilen;
- das Mauern von Spiellandschaften mit Bruchsteinen, alten Ziegeln und Mörtel;
- der Bau von Klettergeräten aus Kanthölzern;
- das Beschnitzen und das farbige Gestalten von Skulpturen aus Baumstämmen.

Diese Palette der Möglichkeiten wird durch die Zusammenarbeit ständig erweitert, weil sich in jedem Projekt neue Ideen ergeben. Auch Kinder bringen immer wieder Anregungen, mit welchen Techniken neue Spielmöglichkeiten geschaffen werden können. Bauprojekte sind Projekte der sozialen Gruppenarbeit und basieren auf der Methode der Projektarbeit. Sie ermöglichen Erfahrungen und Ergebnisse, die unter pädagogischen Gesichtspunkten als ausgesprochen positiv zu bewerten sind:

Aktive und konkrete Gestaltung der Umwelt: Am Ende einer Bauprojektwoche sind die Ergebnisse für die Kinder sichtbar, gleichzeitig haben sie ihre Umwelt nach ihren eigenen Bedürfnissen gestaltet. Im Idealfall wird ein Kind durch die gebauten und gestalteten Objekte noch Jahre später daran erinnert: „Das habe ich gebaut!“

Spaß und Freude am Gestalten: Der Spaß und die Freude der Kinder in den Aktionen ist für alle Beteiligten erlebbar. Den Kindern und auch den beteiligten Jugendlichen ist immer die Zeit zu kurz, sie kommen früher und gehen später als eigentlich geplant.

Das aktive Verhältnis zur Umwelt bleibt: Der aktive Umgang mit dem öffentlichen Raum und Material hinterlässt Spuren. Langfristige Beobachtungen zeigen, dass die Kinder und Jugendlichen auf diesen Spielplätzen auch weiterhin gestaltend tätig sind. Hier übernehmen Kinder Verantwortung und engagieren sich in den Bauprojekten für die Gestaltung des Gemeinwesens. Auch wenn es für sie Spaß und Aktivität bedeutet, so handeln sie doch meist in dem Bewusstsein, etwas für andere Kinder zu schaffen. Bauprojekte können Vandalismus nicht völlig verhindern. Doch sie bewirken meist einen pfleglicheren Umgang mit den Objekten durch die Kinder, die sie auch vor Schäden durch andere verteidigen (soweit dies durch Kinder leistbar ist).

Finanzielle Aspekte der Bauaktion mit Kindern: Der Kostenvergleich von Ergebnissen der Bauprojekte zu konventionellen Produkten macht deutlich, dass, selbst wenn man den

ästhetischen Vorteil und den pädagogischen Effekt der selbstgebauten Produkte nicht berücksichtigt, sie doch in aller Regel ebenso teuer wie konventionelle Angebote sind. Viel wichtiger ist aber, dass neben dem reinen Produkt der Prozess als pädagogische Aktion einen völlig eigenen Wert besitzt und in dieser Form nicht zu beziffern ist.

Beispiel 3: Protestbekundung und Demonstration: Aktionen zur Verkehrsberuhigung

Demonstrationen und Protestbekundungen gehören zu den klassischen demokratischen Partizipationsformen. Vor allem Demonstrationen von Eltern mit ihren Kindern oder von Kindergruppen stehen immer wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit.

Als aktuelles Beispiel einer Protest- und Demonstrationsform wird im folgenden eine Aktion zur Verkehrsberuhigung im Hammer Norden vorgestellt, die alle klassischen Mittel politischer Aktion nutzte: Transparente, Flugblätter, Straßenblockaden, Medienarbeit. Im Gegensatz zu Protestformen des zivilen Ungehorsams handelte es sich jedoch um eine legale, von den Behörden genehmigte Aktion. Sie sollte bei Autofahrern, Anwohner/inne/n, aber auch verantwortlichen Politiker/inne/n ein Bewusstsein für die Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr erzeugen und Verhaltensänderungen anregen.

Von Elterngruppen wurden mehrere Aktionen zur Verkehrsberuhigung in der Schottschleife und im Schlagenkamp initiiert. Sie führten Tempo-30-Messaktionen durch, die nach folgendem Muster abliefen:

Bei einer Tempo-30-Aktion ermittelt ein Mitglied der Initiativgruppe mit einer Radar-Messpistole die Geschwindigkeit der vorbeifahrenden Kraftfahrzeuge. Die gemessenen Ergebnisse werden über Funk an den 100 bis 300 Meter entfernt gelegenen zentralen Ort der Aktion weitergeleitet. Die Kinder signalisieren mit großen Schildern die gefahrene Geschwindigkeit; die Polizeibeamten halten die Fahrzeuge an. Eltern, Kinder und Polizei klären die Fahrer gemeinsam über den Sinn von „Tempo-30“ auf und verteilen als „Denkzettel“ eine Urkunde mit der festgestellten Geschwindigkeit und den möglichen Folgen. Es werden nicht nur zu schnell fahrende Autofahrer/innen angehalten und ermahnt, sondern auch korrekt fahrende Autofahrer/innen belohnt.

Bei den Aktionen im Hammer Norden haben die Eltern in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro Kaffee- und Kuchenstände organisiert, für die Kinder wurden in einem geschützten Bereich Spiele angeboten. Die offizielle Verkehrsbeschilderung wurde durch von Kindern selbstgemalte, unter künstlerischer Leitung herge-

stellte Aktionsschilder ergänzt, die auf privaten Flächen aufgestellt die Autofahrer/innen mit flotten Sprüchen zur Einhaltung der Verkehrsregeln motivieren sollten.

Die begleitende Öffentlichkeit über Zeitung und Radio sorgte stadtweit für Aufmerksamkeit und thematisierte die Interessen von Kindern im Straßenverkehr. Um die Wirksamkeit der Aktionen zu erhöhen, führte die Polizei in den folgenden Wochen weitere Kontrollen durch, bei denen dann bei Geschwindigkeitsverstößen die entsprechenden Bußgelder verhängt werden. Außerdem hat das Straßenverkehrsamt mittlerweile als bauliche Konsequenz durch eine veränderte Parkordnung (versetztes Parken) reagiert.

Beispiel 4: Die Stadtteilkonferenz für Kinder im Hammer Norden 1995

Die Stadtteilkonferenz für Kinder war geplant als Forum für die Interessen der Kinder, ganz ähnlich also wie die Stadtteilkonferenzen für Erwachsene. Es wurde keine repräsentative, mit Wahlen verbundene Form gewählt, sondern es wurden auf freiwilliger Basis alle Kinder einer Grundschule und von zwei Horten eingeladen. In der Schule und in den Horten wurde die Konferenz vorbereitet, die Kinder sammelten Ideen, bauten Modelle und malten Plakate. Am Tag der Konferenz versammelten sich 120 Kinder in einer Turnhalle. Nach einer Begrüßung durch die Sozialdezernentin und den Bezirksvorsteher wurde zunächst der Hammer Norden als lebendes Modell dargestellt, indem Kinder zentrale Punkte des Nordens verkörperten und sich entsprechend im Raum gruppierten. Danach wurden Kleingruppen gebildet, um die Wünsche und Ideen der Kinder zu sammeln und auf Früchten für einen Wunschbaum aufzuschreiben.

Nach ungefähr einer Stunde war die Aufmerksamkeit der Kinder erschöpft. Bei der Rückkehr in die Turnhalle stürzten sie sich auf die Sportgeräte, tobten durcheinander und fielen über die bereitgestellten Getränke her. Die Vorstellung und Sammlung der Ergebnisse fiel aus, wurde später von den Erwachsenen allein nachgeholt und in die Gremien eingebracht.

In der Reflexion wurde deutlich, dass diese Form der Partizipation in der gegebenen Situation unangebracht war, weil trotz intensiver Vorbereitung und Strukturierung des Ablaufs eine geordnete Veranstaltung nur durch eine soziale Auslese möglich geworden wäre.

4. Arbeitsstand, Erfahrungen und Ergebnisse in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Als wichtigste Erfahrungen sind zu benennen: Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist auch unter den Bedingungen von Stadtteilarbeit auf den gesamten Erfahrungszeitraum gesehen eher Stückwerk als ein kontinuierlicher Prozess. Die Bedingungen sind sowohl seitens der Bewohner/innen als auch der politischen Strukturen oft so, dass bessere Lösungen nicht möglich sind. Im gemeinsamen Arbeitsprozess konnten trotz allem viele kleine Schritte zur Verbesserung der Situation vollzogen werden.

(a) Wohnumfeld- und Spielraumgestaltung: Bei der Wohnumfeld- und Spielraumgestaltung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planung und Bau prinzipiell zur Selbstverständlichkeit geworden. Die im Hammer Norden entwickelten Wohnumfeldprojekte sind modellhaft für andere Beteiligungsprojekte auch in der städtischen Spielraumgestaltung geworden.

Wenn man die Beteiligungsprojekte betrachtet, so werden sie manchmal als ergebnislos erlebt. Ergebnisse und Wirkungen sind erst auf lange Sicht und durch einander ergänzende Wirkungen festzustellen. Dabei zeigt die Erfahrung, wie hilfreich die Strukturen der Stadtteilarbeit auch längerfristig sind.

(b) Längerfristige Erfolge der Beteiligungsprojekte:

Wenn man die Beteiligungsprojekte betrachtet, so werden sie manchmal als ergebnislos erlebt. Ergebnisse und Wirkungen sind erst auf lange Sicht und durch einander ergänzende Wirkungen festzustellen. Als Beispiel kann die Forderung aus den Kinderstreifzügen 1993 dienen, das wohnungsnahes Spielangebot der Wohnungsgesellschaften zu verbessern. Auch die vom Stadtteilibüro durchgeführten Wohnumfeldbegehungen in 1995 führten zu keiner direkten Verbesserung. Erst die langfristig wirkende Strategieveränderung der LEG führte 1997 – und dann für alle Beteiligten überraschend – zur Bereitstellung der Mittel und zur kurzfristigen Realisierung. Das macht deutlich, wie hilfreich die Strukturen der Stadtteilarbeit sind.

(c) Erreichbarkeit der Zielgruppen:

Durch die Auswahl geeigneter Methoden können die Zielgruppen sehr gut erreicht werden. Im Rahmen der Wohnumfeldgestaltung Schottschleife wurden zum Beispiel die meisten Bewohner/innen durch die Wohnungstürgesprache erreicht. Für den Bereich der Kinder

und Jugendlichen haben sich die Fotostreifzüge als Methode der Beteiligung an Stadtplanung sehr gut bewährt.

(d) Eigeninitiative (Fremdinitiative):

In fast allen Formen der Bewohnerbeteiligung waren Profis beteiligt. In den meisten Fällen ergreifen sie die Initiative, schaffen einen Raum, ein Forum, um Interessen äußern zu können, oder organisieren Beteiligung an vorgegebenen Projekten. In wenigen Fällen ging die Initiative von den Bewohner/innen selbst aus; zu nennen sind hier beispielsweise die Aktion gegen Raser/innen in der Schottschleife und die Einrichtung einer Mieterinitiative aufgrund des drohenden Verkaufs von Häusern in der Schottschleife/ Schlagenkamp.

(e) Planersicht contra Lebensweltsicht der Bewohner/innen:

Aufgrund der Differenzen zwischen Lebensweltsicht und Planersicht kann es oft zu gegensätzlichen Bewertungen über Beteiligungsprojekten kommen: Was aus Planersicht modellhaft erscheint, ist aus Bewohnersicht oftmals Stückwerk.

(f) Institutionelle Interessen contra Interessen der Bewohner/innen:

Was zur Differenz von Lebenswelt und Profisicht gilt, ist ebenso - und teilweise noch extremer - als Differenz von Lebenswelt und institutionellen Interessen wahrzunehmen. Zunächst gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Interessen der in kooperativen Strukturen zusammenarbeitenden Institutionen (z.B. Bauherr/in, Planungsbüro, Stadtteilbüro, Kommune mit ihren unterschiedlichen Dienststellen). Teilweise wurden die institutionellen Rahmenbedingungen von Kooperationspartner/innen gegenseitig nicht akzeptiert. Die aufgrund der institutionellen Rahmenbedingungen bestehenden Strukturen grenzen die Möglichkeiten der Bewohnerbeteiligung teilweise erheblich ein. Das betrifft die Bereitstellung finanzieller Mittel, die Zusammenfassung von Planungseinheiten (die Wohnumfeldgestaltung Schottschleife/ Schlagenkamp ist beispielsweise zu großräumig geplant worden; es zeigte sich, dass eine Bereitschaft zur Mitwirkung nur für den allernächsten Bereich vorhanden war), Abrechnungsmodalitäten bei der Abfallbeseitigung (die finanziellen Auswirkungen der Einsparbemühungen einer einzelnen Hausgemeinschaft war ihnen nicht gutzuschreiben, da die Abrechnungseinheit eine Vielzahl von Haushalten betraf. Die Bewohner/innen stellten ihre Mülltrenn-Aktivitäten wieder ein).

(g) Partizipation als Grundlage pädagogischen Selbstverständnisse:

Nicht zuletzt entsteht in der Praxis immer eine Reibung zwischen unterschiedlichen sozialpädagogischen Konzepten und deren Verhält-

nis zur Partizipation. Die durchgehende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auf der rechtlichen Ebene und in programmatischen Forderungen grundsätzlich abgesichert. Doch ist nach wie vor nicht davon auszugehen, dass die Jugendhilfe und die pädagogischen Fachkräfte den Beteiligungsgedanken konsequent aufgegriffen und umgesetzt haben, auch nicht in der Stadtteilarbeit. Mit der Konkretisierung von Beteiligungsrechten ist eine Auseinandersetzung um das pädagogische Selbstverständnis von Erwachsenen notwendig.

Während im Handeln aus Schutzmotiven und Förderzielen heraus nach wie vor die Gefahr besteht, Kinder und Jugendliche zu Objekten besserer oder wohlgemeinter Absichten zu machen, bringt die Dimension der Partizipation eine größere Chance mit sich, Erziehung intersubjektiv zu praktizieren. Die Meinungen, Wünsche und Willensäußerungen von Kindern sind eigenwertig und können nicht unbegründet und nicht ohne reguläre Verfahren übergangen werden.

Die Herausforderung zu einer stärkeren Integration von Beteiligungsstrukturen in pädagogisches Handeln unter Verzicht auf Versorgung und überbehütender Förderung stellt sich vorrangig in den pädagogischen Institutionen, die damit beispielhaft auch für einen anderen Umgang in Eltern-Kind-Beziehungen wirken können, und die gleichzeitig stärker in das Gemeinwesen hinein agieren könnten. Während Erzieher/innen, Sozialpädagog/innen und Lehrer/innen zwar die Verbesserung von Kinderrechten und ihre gesamtgesellschaftliche Beteiligung oftmals lautstark einklagen, lässt die erzieherische Praxis im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen noch sehr zu wünschen übrig. Die (noch) aktivere Einbringung der pädagogischen Einrichtungen in die Stadtteilarbeit und in die Gemeinwesengestaltung ist zugleich eine Notwendigkeit und eine große Chance.

Kontaktadresse

Stadt Hamm – Kinderbüro

Postfach 2449

59061 Hamm

Telefon: 02381/ 176202

Fax: 02381/ 172950

e-mail: Kinderbuero@Stadt.Hamm.de